

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Bieteljährlich 2,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
Einzeln Kummer 5 Pf., Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftigen Kolonien-
zeitschriften deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berathungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die deutsche Schmach in Südwestafrika.

Es ist bezeichnend für den Kulturstand des heutigen bürgerlichen Deutschlands und das tiefe Niveau der bürgerlichen Presse, daß die furchtbaren Dokumente der Trotha'schen Kriegsführung in Südwestafrika nur bei einem Teil der Presse Beachtung gefunden haben. Die Berliner Blätter der Partei, die von sich behauptet, daß sie auf christlicher Grundlage beruhe, die Blätter der Zentrumspartei, die „Germania“ und die „Märkische Volkszeitung“ haben es bis jetzt einmal der Mühe wert befunden, die von uns gestern mitgeteilten Aktenstücke zu veröffentlichen! Aber auch eine Reihe anderer Blätter, die sich zum Abdruck bequemen haben, haben kein scharfes Wort zur moralischen Verurteilung gefunden! So der ebenfalls durch seine Frömmigkeit berühmte „Reichsbote“ und die „Vossische Zeitung“. Diese Blätter werden selbst vom „Berliner Tageblatt“ beschämt, das trotz einiger Vorbehalte sehr scharfe Töne der Entrüstung ertönen. Das Blatt erklärt die Trotha'schen Erlasse für eine „traffe Verleugnung aller Humanitäts-Anschauungen“. Es sei „mit unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht vereinbar, daß unsere Soldaten auf Wehlose schießen und sie, wo sie sich zeigen, niederknallen wie Kaninchen“. Ein Wehrlofer, der sich ergeben wolle, dürfe nicht ohne weiteres „niedergeschossen werden, wie ein toller Hund“. Eine Ausrottungsstrategie, wie sie Trotha anbefohlen habe, sei nicht nur für un-menschlich, sondern auch politisch unklug, da man der Eingeborenen für die Zukunft bedürfe. „Selbst aber wenn das nicht der Fall wäre, würde sich von selbst verbieten, die Frauen und Kinder der Eingeborenen dem Tode des Verschmachtens preiszugeben.“ Sie hätten ebenso, wie die wehlosen Männer angenommen werden müssen. Sie in den Hunger- und Dursttod in der Omahele zu schicken, wie das nach den Erlässen Trotha's mit Hunderten von Weibern und Kindern geschehen sei (es sind nicht Hunderte, sondern mindestens Tausende, wo nicht Zehntausende gewesen!), sei unmenschlich und grausam, es sei „des deutschen Namens und deutscher Soldaten unwürdig“.

Man sieht, daß doch wenigstens ein bürgerliches Blatt die un-sägliche Barbarei Trotha's beim rechten Namen nennt. Freilich kann das „Berliner Tageblatt“ nicht umhin, seine Kritik der entsetzlichen Handlungsweise des südwesafrikanischen Generalissimus mit einem ganz unangebrachten Geschimpfe auf die Verfalltheit der Hereros zu verquiden. Denn das „Berliner Tageblatt“ meint, es sei eine falsche Sentimentalität, wenn man für diese „entmenschten Herden“, deren „entsetzlicher Grausamkeit deutsche Ansiedlerfrauen ebenso wie ihre Kinder zum Opfer gefallen“ seien, eine Behandlung fordere, wie sie einem Kulturvolk gegenüber geboten sei, so ist das eben auch nur ein Standpunkt, wie ihn Trotha ja eingenommen hat. Es handelt sich in jedem Falle nicht darum, wie sich der Gegner verhält, sondern darum, was wir unserer doch sonst so viel gepriesenen Kultur und Humanität schuldig sind. Eine Nation, die etwas auf ihre Ehre hält und wirklich etwas wie ein Kulturvolk besitzt, wird selbst dem Auswurf der Menschheit gegenüber noch moralischen Erwägungen Rechnung tragen müssen. Nun handelt es sich aber obendrein bei den Hereros keineswegs um einen solchen Auswurf der Menschheit. Wir müssen zum hundertsten Male feststellen, daß es eine schamlose Lüge und Verleumdung ist, den Hereros allgemein den Vorwurf zu machen, daß sie Frauen und Kinder getötet hätten. Es ist vielmehr nur eine ganz winzige Zahl von Frauen und Kindern, zusammen nicht einmal ein Dutzend, von den Hereros erschlagen worden. Die große Mehrzahl der Frauen und Kinder ist ebenso wie die Missionäre gesont und den deutschen Truppen ausgeliefert worden. War es denn aber eine so entsetzliche Grausamkeit der Hereros, daß sie die wehrhaften Männer erschlugen? Auch hier muß berücksichtigt werden, daß die Zahl der bei dem ersten Ueberfall erschlagenen Ansiedler sich auf nicht mehr als 150 beläuft. Zweifellos ist dieser menschenliche Ueberfall der Ansiedler eine nicht zu rechtfertigende Untat, aber man muß sich dazu vergegenwärtigen, wie ungeheuer schwer die Hereros gereizt waren, wie sie durch das Vorgehen der erobernd eingedrungenen Weissen gewaltsam zum Krieg provoziert worden waren. Einem Krieg pflegt aber bei unskultivierten Stämmen keineswegs eine Kriegserklärung voranzugehen. Der Feind wird eben angegriffen und niedergemacht, bevor es ihm gelungen ist, sich zur Wehr zu setzen. Weitläufig bemerkt, machen das auch die Kultur-nationen nicht anders! Auch die Japaner haben ja ohne vorhergehende Kriegserklärung die russischen Schiffe angegriffen und durch ihre Torpedogeschosse eine Reihe ahnungsloser zur Abwehre nicht gerüsteter russischer Marinemannschaften ins Jenseits befördert. Und wie es die Japaner hier gemacht haben, so haben es europäische Kultur-nationen unzählige Male gemacht. Es ist also eine große Verleumdung, zu behaupten, daß die Hereros sich in dieser Beziehung durch eine besondere Bestialität auszeichnet hätten. Vergleiche man gar das Verhalten der Hereros, die wohl einen Unterschied zwischen Schuldigen und Unschuldigen, zwischen Männern, Frauen und Kindern zu machen wußten, mit der Behandlung, die ihnen später Trotha zuteil werden ließ, so fällt die Waage der Schuld tief, tief zugunsten Deutschlands!

Welch beispiellose Barbarei spricht aus den Erlässen Trotha's! An der Ermordung der 150 Farmer können sich aktiv höchstens 1000 Hereros beteiligt haben. Für das Verbrechen dieser tausend aber soll das ganze Volk der Hereros, sollen die gesamten 100 000 büßen. Und wie büßen! Sie sollen über die Grenze getrieben und überall da, wo sie auf der Flucht von deutschen Truppen getroffen werden, ohne Gnade niedergeschossen werden. Sie sollen niedergemacht werden, ganz einzeln, ob es sich um Weib oder Kind oder völlig Wehrlose handelt. Ja, wie es in dem ersten

Erlaß vom 2. Oktober heißt, es soll sogar auf die Weiber und Kinder geschossen werden. In seinem Tagesbefehl an die Truppen bemerkte dann Trotha, daß die Weiber und Kinder nicht erschossen werden sollen, sondern daß man nur über sie hinwegziehen soll, um sie zum Laufen zu zwingen. Wir haben schon gestern erklärt, daß schon allein darin, daß man auch die Frauen und Kinder zur Flucht in die Wüste, in wasserlose Durststrecken zwingt und sie dort dem Tode des Verschmachtens preisgibt, eine ungeheuerliche Grausamkeit lag. Viel wohler wäre den Frauen und Kindern gewesen, wenn sie das Los der Männer geteilt hätten und direkt niedergeschossen worden wären. Vor einigen Tagen brachten wir ja erst den Bericht eines deutschen Offiziers über die graufigen Hunde, die er auf einer Streiftour in der Omahele gemacht hat. Zu hunderten lagen dort die Gebeine der Verschmachtenden umher. Im Hieber des Verdurstens hatten die Verschmachtenden 10 und 15 Meter tiefe Löcher in die Erde gewühlt, um zu Wasser zu gelangen — vergebens! Sie erlagen den entsetzlichen Durst- und Hungerqualen. Daß die Eingeborenen zum größten Teil dem Tode des Verschmachtens preisgegeben waren, wußte Trotha ganz genau. Seine den Soldaten anbefohlene „Milde“ gegenüber den Weibern und Kindern war im Grunde nur eine um so schlimmere Grausamkeit!

Aber ist es denn ausgemacht, daß die deutschen Soldaten, wenigstens ein Teil von ihnen, den Befehl Trotha's wirklich wörtlich genommen und stets mit der gebotenen Vorsicht über die Weiber und Kinder hinweggeschossen haben? Der Herausgeber der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“ huldigt dieser optimistischen Auffassung, er erklärt, die großartige Haltung unserer Soldaten stehe unantastbar fest, sie seien „ja Deutsche und unseres Gemütes“. „An diesen beiden Punkten darf nicht gerüttelt werden.“ Auf Grund der Feststellungen des letzten Chinaprozesses und nach dem Inhalt der südwesafrikanischen Soldatenbriefe vermögen wir leider diese optimistische Annahme nicht zu teilen. Wir finden uns dabei durchaus in Uebereinstimmung mit einem Blatte, dessen Auffassung wir sonst fast nie zustimmen können. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemerken nämlich zu dem Tagesbefehl Trotha's, daß über die Weiber und Kinder hinweggeschossen werden sollte, wörtlich das Folgende: „Ob aber diese Deutung des Nachstehens im wilden, Herz und Sinn verhärteten Bergweilungskampfe, wie ihn im wüsten Südwest schließlich jede Patrouille und jeder Trupp zu führen hat, noch zur Geltung gekommen wäre!“

Man sieht, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ glauben nicht daran, daß die Soldaten durchaus so sorgfältig gezielt haben, um nicht auch Frauen und Kinder zu treffen. Wir sind aber nicht allein auf bergleichen Mutmaßungen angewiesen. Die uns vorliegenden Soldatenbriefe aus Südwestafrika beweisen, wie wenig sich manche Soldaten um den Wortlaut des Trotha'schen Tagesbefehles bekümmert haben. Sie hieß es in einem Soldatenbriefe vom 11. November 1904, den zuerst der „Neue Alpbote“ veröffentlichte, folgendermaßen:

„Der Hererosstamm ist jetzt so viel wie ausgerottet; was noch nicht kaputt ist, wird vollends zugrunde gehen oder muß das Land verlassen; denn es sind sämtliche Wasserstellen besetzt. . . . Es ist nur schade um das viele Vieh; für diese schwarzen Teufel habe ich keinen Funken von Mitleid. Es werden keine Gefangenen mehr gemacht; jeder männliche Herero wird erschossen. Ueber Frauen und Kinder soll hinweggeschossen werden, um sie zur Flucht zu veranlassen. Wenn sie aber auch zusammengepackt werden, ist es auch um keine Kugel schade, als um die, welche daneben geht.“

Wir bemerkten damals zu diesem Briefe, daß wir es für sehr unglücklich hielten, daß Trotha einen solchen Ausruf erlassen habe. Aber schon das, was der Briefschreiber als persönliche Auffassung kundgab, zeugt von einer geradezu bestialischen Verrohung durch unsere Kolonialkriegsführung. Wir sind ja nun eines Besseren belehrt worden! Der betreffende Befehl des General Trotha ist tatsächlich gegeben worden! Weitläufig bemerkt, beweist gerade die Uebereinstimmung dieses Briefes mit dem kurz vorher erlassenen Tagesbefehl, daß doch an den südwesafrikanischen Briefen recht viel Wahres sein muß! Dieser Brief war aber nicht der einzige, der über die unterschiedslosen Niedermetzelungen der Hereros berichtete. In einem Briefe aus Südwestafrika, den wir am 21. Oktober 1904 veröffentlichten, hieß es:

„Gefangene werden nicht gemacht, es wird alles niedergemacht.“

Ein Brief, den wir zwei Tage später veröffentlichten, enthielt folgende Zeilen:

„Ein Herero, der mir in die Hand fällt lebend, für den ist mir die Kugel zu teuer, aber was auf dem Gewehr aufgepflanzt ist, soll ihm wohl bekommen, bis er den letzten Atemzug tut.“

Ein im November veröffentlichter Soldatenbrief eines Sanitäts-unteroffiziers berichtet dann, daß eine halb verhungerte Hererosrau erschossen worden sei.

Ein Brief, der im Dezember veröffentlicht wurde, enthielt folgende Auslassungen:

„Du schreibst vom Ergeben, das wollten sie wohl im Juni, aber es war Befehl, es gibt keinen Pardon.“

In einem anderen Briefe schildert ein Soldat seine Heldentaten folgendermaßen:

„Da sah ich Schwarze in einem Busch. Der Posten schloß. Ich schlich mich heran, klappte die Gewehre, stellte mich hinter einen Baum, wie ein Tiger und schoß alle vier tot. . . . Am selben Tage wurde ich zum Gefreiten befördert.“

Aber nicht nur die Briefe der Mannschaften enthielten solche anmutigen Schilderungen der Herenjagd auf die unglücklichen Hereros, sondern auch Offiziere schilderten dies Vergnügen in einem Stile, als ob es sich um Hasenjagden handelte. So ver-

breitete sich ein Offiziersbrief in der „Täglichen Rundschau“ über die „Reize“ der Jagd auf Hereros, die, ohne sich zu wehren, die Flucht ergriffen. Gut angezogene, erzählt er dann, werden mitgenommen, um ausgefragt zu werden. Mit den anderen wird kurzer Prozeß gemacht. Ein in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ veröffentlichter Offiziersbrief erzählt:

„Hier geschah es, daß ich auf einem Pirschgang statt eines Bodes einen Herero zur Strecke brachte.“

Die umherschwärmenden Hereros, berichtete der Offizier, seien vielfach keine Kuffändischen und hätten keine Waffen, „wir können da aber keinen Unterschied machen“. Schließlich sei auch auf einen Soldatenbrief verwiesen, den der „Vorwärts“ am 27. Januar 1905 veröffentlichte und in dem folgende Stelle vorkam:

„Wehe ihnen, wenn sie in unsere Hände geraten, weder Weib noch Junge wird gesont. . . . Oberst Däumling konnte 75 Gefangene machen, hat sie aber alle niedergeschossen. Das Kind im Mutterleibe darf man nicht schonen.“

Diese Dokumente unsäglicher Gemütsverrohung beweisen wohl deutlich genug, wie weisheitslos ein Teil unserer südwesafrikanischen Truppen war. Auch wir zweifeln nicht daran, daß manche andere Soldaten, die, um den Ausdruck des Herrn Dr. Förster zu gebrauchen, „unseres Gemütes“ waren, die entsetzlichen ihnen anbefohlene Blutarbeit nur mit dem äußersten Abscheu verrichteten. Daß es aber auch Elemente gab, die durch den Krieg derartig verroht waren, daß sie es auch mit dem Schießen auf Frauen und Kinder nicht allzu genau nahmen, das beweisen wohl die oben zitierten Soldatenbriefe. Der Verantwortliche aber für diese entsetzlichen Vorkommnisse, die die deutsche Nation mit ungeheurer Schmach beladen, trägt der General Trotha. Es ist geradezu unbegreiflich, daß dieser Mann nicht sofort entlassen worden ist, als der Regierung diese beiden erst jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Erlasse bekannt geworden sind. Nicht einen Tag länger hätte ein solcher Mann den Oberbefehl über die Truppen behalten dürfen! Indem man das doch duldet, machte sich die Reichsregierung zum Mitschuldigen für die furchtbaren Vergehen. Herr Dr. Förster behauptet, daß General Trotha gezwungen worden wäre, seine Erlässe bald zurückzunehmen. Auch darüber ist offiziell nichts bekannt geworden. Wir wissen nur, daß der Reichskanzler Fürst Bülow am 5. Dezember 1904 das Folgende erklärt hat:

„Eins aber möchte ich ausdrücklich sagen. Wir sind weder so grausam, noch sind wir so töricht, die einzige Möglichkeit der Wiederherstellung geordneter Zustände darin zu erblicken, daß die jetzt aus den Wüsteneien des Sandfeldes hervorströmenden halbverhungerten und verdursteten Hererobanden erbarmungslos niedergemacht werden. Davon kann keine Rede sein. . . . Wir werden uns vielleicht genötigt sehen, die Eingeborenen behufs besserer Ueberwachung in Reservate zu überweisen, aber von einer Ausrottung der Eingeborenen kann, abgesehen von den Gründen der Menschlichkeit, die wir immer hochhalten werden, schon aus praktischen Gründen heraus nicht die Rede sein.“

Fürst Bülow verschwieg also den Anklagen des Genossen Webel gegenüber, daß tatsächlich General Trotha eine solche Ausrottungsstrategie, wie sie Fürst Bülow selbst ja für grausam, für töricht, für wider die Menschlichkeit ersöhnend gekennzeichnet hatte, proklamiert und eine Zeitlang mit dem furchtbarsten Erfolg geübt hat. Wir begreifen ja, daß sich Fürst Bülow bis ins Innerste seiner Seele hinein schämen mußte, ein solches Zugeständnis zu machen, aber es bedeutet doch ein großes Hintertüschlichfahren der Öffentlichkeit, solche Vorkommnisse einfach zu verschweigen, ja sogar zu bestreiten! Wenn aber Fürst Bülow sich der Handlungsweise Trotha's so sehr schämte, so ist es um so unbegreiflicher, daß er nicht sofort die Abberufung eines solchen Mannes verlangte und durchgeführt hat, oder selbst geangewandt! Wahrscheinlich hätte sich der Reichskanzler ja für das letztere entscheiden müssen, denn General Trotha sah sich in seiner absoluten Herrlichkeit so sicher, daß er in der Presse sogar an den Weisungen des Reichskanzlers die unverblämteste Kritik zu üben wagte. Fürst Bülow hat sich, namentlich durch die Empörung der südwesafrikanischen Farmer, die durch die Ausrottungsstrategie ihr späteres Arbeitermaterial zu verlieren fürchteten, genötigt gesehen, den General Trotha zu einer Aenderung seines Vorgehens zu veranlassen. General Trotha mußte sich dazu bequemen, den Niedermetzelungsbeehl der fliehenden und wehrlosen Hereros zurückzunehmen und die Belammung zu erlassen, daß fortan unbewaffnet sich ergebenden Hereros Pardon gegeben würde. Wie wenig diese Aenderung seiner Taktik aber seiner Ueberzeugung entsprach, beweist folgende Auslassung, die er in den „Widhuser Nachrichten“ veröffentlichte:

„Im Oktober die Ereignisse so vorauszu sehen, wie sie nach vier Monaten eintreten, war, wie es scheint, nur der Schriftleitung der „W. N.“ beschieden. Im Oktober war von Friedensangebot an die Hereros noch keine Rede, sondern dies trat erst in die Erscheinung, nachdem durch den Erlaß des Reichskanzlers mir der neu einzuschlagende Weg vorgeschrieben war. Erst von diesem Zeitpunkt wurde durch das Angebot der Gnade in dem Herero der Gedanke entfaßt, es sei der Moment gekommen, die heimlichen Befehle wieder aufzuheben und dort ihre Räuberereien fortzusetzen.“

Hier hielt also Trotha dem Reichskanzler vor, daß er durch die Wessung, den Hereros Pardon zu geben, direkt verschuldet habe, daß die geflüchteten Hereros nun zurückkämen und ihre Räuberereien fortsetzten! Eine solche unverfrorene Sprache wagte General Trotha dem obersten Reichsbeamten gegenüber zu führen!

So viel für heute über dies schwarze Blatt deutscher Kolonialkriegsführung. Wir sind der festen Überzeugung, daß nunmehr die Tage Trotha's gezählt sind. Die moralische Verkommenheit der besiegenden

Klassen und ihrer Presse mächten einen ganz ungläublichen Grad erreicht haben, wenn nunmehr nicht endlich ein Sturm der Entrüstung losbräche, der den General Trotha schimpflichen Andenkens von der Bildfläche hinwegfegt!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August.

Ein frecher Schwindel des Regierungsblattes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an der Spitze des Blattes:

„Um sich von neuem in der Rolle eines Wächters des Völkerehrens zu produzieren, hat der „Vorwärts“ die längst abgetanen Unwahrheiten hervorgeholt, daß Deutschland am Ausgange des vorigen Jahres im Begriff gewesen sei, England den Krieg zu erklären und daß damals die Flotte mobil gemacht worden sei. Der „Vorwärts“ will erfahren haben, daß die Ursache jenes angeblich drohenden Zusammenstoßes in einem schweren Konflikt zwischen Kaiser Wilhelm II. und König Eduard gelegen habe. Da aber diese neue Lüge dem „Vorwärts“ selbst zu albern erschienen mußte und doch die Sozialdemokratie den Massen als einziger Hort des Friedens empfohlen werden sollte, so sucht sich das Blatt mit der Behauptung zu helfen: daß solche wahnsinnigen Erfindungen auch nur möglich seien, zeige schon, zu welchem Abgrund allmählich das byzantinische verknäuelte öffentliche Gewissen Deutschlands die Dinge treibe. In Wahrheit beweist der „Vorwärts“ damit nur, daß er ohne alle Rücksicht auf vaterländische Interessen mit auswärtigen Angelegenheiten des Reiches groben Schwindel treibt.“

Wenn die auswärtige Politik nach denselben Grundsätzen geleitet wird, wie das Regierungsblatt, so begreift man allerdings, daß kein Staat zu der Sorte von Politik Vertrauen hat.

Die Verlogenheit dieses „Dementis“ ist allerdings gar zu plump; denn sie ist sofort unmittelbar festzustellen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet, der „Vorwärts“ wolle über die persönliche Ursache jenes deutsch-englischen Konfliktes etwas erfahren haben. In Wahrheit hat der „Vorwärts“ in dieser Hinsicht gar nichts erfahren. In unserer Notiz am Sonntag („Unkel und Nefse“) war ganz klar auf ungenierte Andeutungen von anderen Prekorganen, die nicht in der Wilhelmstraße Prostitution treiben, hingewiesen; diese Blätter, die der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ganz genau bekannt sind, kolportieren seit Wochen derartige Gerüchte.

Wenn trotzdem die „N. A. Z.“ lägt, daß es sich um irgend eine Enthüllung des „Vorwärts“ handle, so verfolgt diese Täuschung offenbar den Zweck, durch den Hinweis auf sozialdemokratische Ursprung jene Behauptungen aus der Welt zu schwindeln. Mit diesem Versuch aber erreicht das Regierungsblatt das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes. Denn jedermann muß sich jetzt fragen, zu welchem Zweck fälscht das Regierungsblatt in sofort feststellbarer Weise die Notiz des „Vorwärts“?

Wir gratulieren dem Regierungsblatt zu dem russischen Generalkonsul, der jetzt in ihm die Redaktion offizieller Notizen übernimmt hat. Aber wir machen die „N. A. Z.“ darauf aufmerksam, daß auch für sie die gesetzlichen Bestimmungen gelten. Wir fordern sie also vorläufig nur auf, die falsche und für die Zwecke über offiziösen Zurechtweisung sehr wesentliche Behauptung durch korrekten Abdruck dessen, was wir wirklich geschrieben, schleunigst zu berichtigen. Sonst sind wir gezwungen, sie mit dem gesetzlichen Mittel zur Wahrheit zu nötigen — eine Aktion, die möglicherweise für das Blatt der Regierung fatal interessant werden könnte. —

Das republikanische Norwegen.

Ein Mitarbeiter des „Vorwärts“, der gegenwärtig in Kristiania weilt, hatte Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Minister des Aeußeren. Er sendet uns über seine Unterredung folgendes Telegramm:

Kristiania, 15. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ich hatte heute eine Unterredung mit dem Minister des Aeußeren, Löwland. Er erklärte, er sei Republikaner und glaube, die meisten Norweger seien ebenfalls Republikaner. Wenn die Bernadottes das Thronangebot ablehnten, werde das Störthing über eine Volksabstimmung die Staatsform betreffend beschließen. Daß Prinz Heinrich als Norwegens König in Betracht komme, sei leeres Geschwätz.

Löwland lobte die sozialdemokratische Presse des Auslandes für ihr Verständnis der Unionsfrage, namentlich den „Vorwärts“ und „L'Humanité“ sowie die schwedischen und dänischen Parteiorgane.

Der in dem Telegramm erwähnte Prinz Heinrich ist der Hohenzollern dieses Namens. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß ernsthaftige Versuche unternommen worden seien, einen Hohenzollern-Prinzen auf den erledigten Thron zu bringen.

Deutsches Reich.

Wegen die Fleischsteuerung.

Die noch immer steigenden Fleischpreise fordern einen Bevölkerungsteil nach dem anderen zum Protest gegen die lediglich im Interesse der großen Viehzüchter durchgeführten Grenzabsperzungen heraus. Am Montag besuchte sich in Berlin eine zahlreiche besuchte Gastwirtsversammlung mit der jetzigen Fleischsteuerung. In der Debatte wurde eine Eingabe an den Landwirtschaftsminister v. Rodbertsch beabsichtigt, von anderer Seite aber dem Vorschlage widersprochen und die Einberufung einer öffentlichen Protestversammlung gefordert; schließlich entschied man sich jedoch für die Absendung einer langen Petition an „Se. Exzellenz“. In der Eingabe heißt es:

Seit Monaten sind die Fleischpreise fortgesetzt gestiegen und bilden nun eine schwere wirtschaftliche Notlage, daß man die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft hegen muß. Von dieser enormen Steigerung werden außer den breiten Schichten des Volkes im besonderen die deutschen Gastwirte, die einen sehr ansehnlichen Teil des deutschen Volkes mit Fleischnahrung versorgen, betroffen. Denn die Gastwirte können zu den notorisch billigen Preisen für Mittagstisch ferner unmöglich in bisheriger quantitativer und qualitativer hervorragender Weise die Speisen liefern und sind gezwungen, höhere Preise zu nehmen. Dadurch wird aber weiten Bevölkerungskreisen die Ernährung verteuert, soweit die Verbraucher dafür mehr auszugeben in der Lage sind, und verschlechtert, soweit sie eine Mehrabgabe für Fleisch nicht erdwingen können. Wegen der Konkurrenzverhältnisse ist es vielen Gastwirten nicht möglich, mit den Preisen für Fleischgerichte den Fleischpreisen zu folgen und sie erlitten infolgedessen andauernd schwere Verluste. Wird doch schon bei normalen Fleischpreisen bekanntlich an der Küche zugeseht, und der Gewinn an den Getränken, der diesen notorischen Verlust wieder ausgleicht, hat doch seine Grenzen. Solche Krisen, wie wir sie jetzt haben, vermag der Wirt aber nicht zu überwinden, weil er die Preise für Getränke nicht beliebig hochschrauben kann.

Wir sind viel zu wenig Sachverständige, um beurteilen zu können, was zur Beseitigung des offensichtlichen Notstandes geschehen soll, und wir müssen Euerer Exzellenz vertrauen, die richtigen Wege zu finden. Aber das sei uns gestattet, zu bemerken, daß berufene, nicht durch irgend welche Parteirücksichten beeinflusste Sachver-

ständige übereinstimmend der Meinung sind, daß nur durch eine Hauptmaßregel, nämlich durch Aufhebung der Grenzsperrung, sei es auch nur zeitweilig, dem Notstande beizukommen ist.

Ob das Mittel helfen wird? Wir wollen nicht von der scharfen Hervorhebung der Eigeninteressen in der obigen Petition sprechen; aber nach der kürzlich vom Agrarminister im „Kaiserhof“ gehaltenen Schweine-Loofrede mit ihren sachverständigen tiefgründigen Ausführungen über die höhere junkerliche Schweinezucht gehört ein starker Glaube dazu, anzunehmen, daß Herr v. Rodbertsch sich in seiner väterlichen Fürsorge für das ostelbische Rind- und Schweinevieh irgendwie durch solche Vorstellungen beeinflussen lassen wird — und zwar umso weniger, als die Versammlungsbesucher sich in der Eingabe selbst als nicht sachverständig zur Beurteilung der Frage bezeichnen, wie dem Notstand gesteuert werden kann. Die Antwort, welche die Petitionsabfender erhalten werden, können wir ihnen im voraus sagen: „Oeffnung der Grenzen aus Rücksicht auf den deutschen Viehstand unmöglich; nach der Rede strecken; in vier, fünf Wochen Schweine billiger!“

Doch noch in anderer Hinsicht macht die Eingabe einen sonderbaren Eindruck: in der Beschränkung ihrer Forderung auf eine „nur zeitweilige“ Aufhebung der Grenzsperrung. Damit wäre wenig gekostet. Durch eine solche Maßnahme würde wohl für den Augenblick die Fleischsteuerung abgeschwächt werden; aber nach der Rückkehr zu dem heutigen Vieheinfuhr-Verhinderungssystem würde sich alsbald die alte Notlage wieder einstellen, denn alle Zahlenkennzeichen der agrarischen Presse schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß die deutsche Viehproduktion hinter dem Bedarf zurückgeblieben ist. Soll der stetigen Wiederkehr ähnlicher Teuerungszustände, wie den jetzigen, vorgebeugt werden, so muß mit dem System des generellen Verbotes, das die Vieheinfuhr aus ganzen Ländern ohne jegliche Ausnahme und Untersuchung einfach ausschließt, vollständig gebrochen und ferner das Fleischschau-Gesetz vom 3. Juni 1900 revidiert werden, das die Einfuhr billiger Fleischwaren, z. B. von Wurstwaren und Wachsenfleisch, und ebenso die Einfuhr von Rindfleisch in Stücken unter 8 Pfund, ganz verbietet — treten doch ohnehin am 1. März nächsten Jahres die neuen Handelsverträge in Kraft, deren Viehölle die heute geltenden teilweise um das Vier- und Fünffache übertreffen. Die Einfuhr derartiger zubereiteter Fleischwaren war vor dem Verbote recht beträchtlich; so wurden z. B. 1899: 89 100 und 1900: 55 000 Doppelzentner Wachsenfleisch und zugleich 48 600 und 38 800 Doppelzentner Würste in Deutschland eingeführt.

Die Afrika-Rassauer. Bürgerliche Reichstagsabgeordnete der verschiedenen Parteien — nur die Volksparteiler haben gegen den großen Unfug protestiert — unternehmen gegenwärtig eine Vergnügungsfahrt „Studien halber“ nach Afrika. Herr Börmann, der Kolonialinteressent, hält die Gesellschaft aus. Herr Arendt schlägt bereits aus der Gratiisfahrt noch einen besonderen Reiback heraus, indem er für die „Tägl. Rundsch.“ Reisebriefe schmiert: er reist also mit Vorteil nach Afrika.

Offenbar soll diese Börmannsche Rassauerfahrt dazu dienen, die „Würde des Parlamentarismus“ zu erhöhen. Wie Hensel v. Donnermarck die Offiziere bei Lebensfreude erhält, so informiert ein kolonialer Geschäftsmann auf eigene Kosten die politischen Führer des Völkertums.

Das ist ein parlamentarischer Panama, das deshalb nicht besser, sondern eher noch wertvoller wird, daß die Rassauer so lumpige Beträge nehmen. —

Die Gewerkschaften gegen den Freisinn. Wie die „Christlichen“ Arbeiter, so legitimieren auch die freisinnigen Gewerkschaften ihre eingeborene proletarische Kraft mehr und mehr gegen die kapitalistischen Parteien zu entfalten, die den Arbeiter nur organisieren wollen, um ihn gegen die proletarische Bewegung verwenden zu können.

In Essen haben die Gewerkschaften ein Programm entworfen, das nicht nur über die freisinnige Proxis, sondern auch über das freisinnige Programm wesentlich hinausgeht: Wir heben folgende Punkte hervor:

1. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zu Reichs- und Landtag, sowie zu den Gemeindefollegien.
2. Uneingeschränktes Koalitionsrecht für alle Arbeiter, auch für landwirtschaftliche und Eisenbahnarbeiter.
3. Zehnstündiger Maximalarbeitstag für alle männlichen und weiblichen Arbeiter.
4. Achtstündiger Maximalarbeitstag für verheiratete weibliche Arbeiter.
5. Zehnstündiger Maximalarbeitstag für alle Vergarbeiter, sowie für alle in Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter.
6. Ausbau und Verschmelzung der verschiedenen Abteile der Arbeiterversicherungs-gesetze. Wolle Selbstverwaltung durch die Interessenten.
7. Energetische Weiterführung der Sozialreform auf allen Gebieten des Arbeiterlebens.
8. Progressive Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer, unter Freilassung der kleineren Einkommen und Vermögen.
9. Abschaffung der die Volksmasse belastenden indirekten Steuern.
10. Abschaffung aller Schutzzölle auf Lebensmittel und diejenigen Industrieprodukte, die des Schutzes nicht mehr bedürfen.
11. Verstaatlichung des Bergbaues, Nichtanschluss mit der staatlichen Förderung an das Syndikat, vielmehr Verwertung desselben zur Preisregulierung und Herabsetzung der Kohlenpreise.
12. Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes.
13. Besteuerung des Wertzuwachses an Grund und Boden, überhaupt Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, das Monopol des Bodenbesitzes zu brechen.

Die Freisinnigen sind nicht nur energische Gegner des unbeschränkten Wahlrechts in den Gemeinden, sie halten nicht nur den Maximalarbeitstag, die Verstaatlichung der Vergwerke für sozialistisches Zusehensspiel, sie polemisieren nicht nur ebenso heftig wie programmwidrig gegen die Reichserbschaftsteuer, sondern ihre Taktik geht auch darauf hinaus, das wenige Gute, was sie noch im Programm haben, zu vereiteln. Man denke an die verräterische Haltung der Volksparteiler beim Zollkampf.

Vor allem unterstülzen die Freisinnigen bei den Wahlen diejenigen reaktionären Parteien, die nicht eine einzige der oben genannten gewerkschaftlichen Forderungen billigen, die meisten aber erbittert bekämpfen, und sie verhindern durch ihre Wahlakt den Sieg der Sozialdemokraten, die umgekehrt für alles das eintreten — wenn nicht mehr zu erlangen ist — was die Gewerkschaften auch fordern. —

Eine Ueberschwemmung. Zehntausend Liter abgelockten Wassers wurden, wie das „Posener Tageblatt“ meldet, mit Rücksicht auf die in Polen bestehende Typhusepidemie für den Kaiser und dessen Gefolge in dem kaiserlichen Sonderzug nach Polen mitgeführt.

Was hat man denn mit so viel Wasser angefangen? Hat man die Straße „typhusfrei“ damit gesprengt? —

Der Segen der Berufungsinanz zeigte sich wieder einmal in der letzten Verhandlung des Oberkriegsgerichts der altiven Schlachtflootte. Am 8. Juli war gegen den Matrosen Janowski vom kleinen Kreuzer „Arcona“ wegen Verleibung und tätlichen Angriffes mittels gefährlichen Werkzeuges auf einen Vorgesetzten verhandelt worden. J. hatte in der Trunkenheit einen Signalmantel von der „Medusa“ geschimpft, ihn tätlich angegriffen und mit einem Bandelisen an der Hand blutig verletzt. Vor dem Kriegsgericht der Ausflüchtungsflotte mit Rücksicht auf seine zahlreichen disziplinarischen Verstöße war vom Vertreter der Anklage eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 7 Monaten beantragt worden. Das Gericht sah jedoch das bei der Tat benutzte Bandelisen nicht als gefährliches Werkzeug an, sprach den Angeklagten auch von der Anklage wegen Verleibung frei und

erkannte wegen tätlichen Angriffes auf einen Vorgesetzten auf 3 1/2 Jahre Gefängnis. Angeklagter wie Gerichtsherr hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht der altiven Schlachtflootte hob nunmehr das Urteil der ersten Instanz auf, indem es als festgesetzt erachtete, daß der Angeklagte bei Verlegung seiner Tat den Vorgesetzten als solchen nicht erkannt habe; erachtete aber das Bandelisen als gefährliches Werkzeug. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges lautete das Urteil unter Berücksichtigung der Vorstrafen auf drei Monate Gefängnis, auf die auch die gesamte erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Zur Reichstagswahl in Rattowig-Jahrgabe wird uns geschrieben: Der Wahltag ist erst auf den 12. Oktober angelegt, spät genug, um auch dem angegriffensten Kapitalisten ausreichend Gelegenheit zu geben, sich im Wade im Gebirge oder an der See zu erholen, ehe ihn die Pflicht an die Wahlurne ruft. Den Wahlkampf hat die Sozialdemokratie mit der prompten Verteilung von hunderttausend Flugblättern in polnischer und deutscher Sprache eröffnet und damit ein Budgetspiel sowohl der oberösterreichischen Zentrum- wie Polenpresse hervorgerufen. Herr Korfanty, der nicht ohne Erfolg den Arbeiterstreiter spielte, ist besonders getroffen durch die Feststellung des Flugblattes, daß seine Fraktion, die Polen, zum großen Teil aus Großgrundbesitzern bestehend, seinerzeit mit Begeisterung für den neuen Politarif eintrat und daß dieselbe Fraktion, Korfanty einbezogen, sich jetzt der Abstimmung über die Handelsverträge, jener endgültigen Sanktionierung des schmachlichen Zollwuchers, enthielt. Die Bekanntgabe dieser Tatsachen an die Arbeiterwähler des Kreises ist dem „Arbeiterabgeordneten“ Korfanty sehr unangenehm, er leugnet daher wie ein ertrappter Schulbube und überschüttet die Sozialdemokratie mit einer Flut von Schimpfwörtern.

Die gegenwärtige Fleischsteuerung, die in Oberschlesien bei der großen, besonders Schweinefleisch verbrauchenden Arbeiterbevölkerung ganz außerordentlich empfindlich ist, kommt den bürgerlichen Parteien im Wahlkreise Rattowig-Jahrgabe angesichts der bevorstehenden Wahl sehr ungelogen. Daß eben diese Parteien, Zentrum, Konservative wie Polen, durch ihre Zollpolitik, durch Grenzsperrungen usw. selbst diese Situation hervorgerufen, wollen sie jetzt um keinen Preis wahr haben. Ihre Prekorganen suchen krampfhaft nach anderen Schuldigen. Sie sind sogar darauf gekommen, den oberösterreichischen Fleischern die Schuld an den hohen Schweinefleischpreisen zuzuschreiben, weil diese biederen Innungsmeister angeblich einen guten Teil ihres Verdienstes in den Vordellen der russischen Grenzstadt Sosnowice sitzen lassen.

Um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, hat die Organisation des Grubenkapitals, der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, eine Petition an den Reichskanzler gerichtet, in der nicht etwa die Oeffnung der Grenze für ungehinderte Einfuhr russischer Schweine, sondern nur die Erhöhung des Kontingents von 1300 auf 2500 Schweine gefordert wird. Nicht über wird in der Petition gefordert, das nicht nur für Schweinefleisch, sondern auch für Kartoffeln, Getreide, Milch &c. gegenwärtig im Industriebezirk scharf unerschwingliche Preise gelten. Der sehr naheliegenden Erwägung, dieser allgemeinen Teuerung, der ja doch mit Vermehrung der Schweineinfuhr nur sehr unvollkommen begegnet werden kann, am besten durch eine Erhöhung der Löhne entgegenzuwirken, tritt die Unternehmerorganisation in der Petition selbst entgegen mit der wehmütigen Erklärung, daß eine Lohnerhöhung aus Rücksicht auf die Schwierigkeit des Abjages und der hierdurch gebotenen möglichen Niedrighaltung der Selbstkosten nicht erfolgen könne. Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht für 1904/05 der Rattowitiner Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenindustrie verteilt denn auch nur eine Dividende von 2 200 000 M., das sind 2 e h n Prozent des Aktienkapitals! Wie kann man bei so miserablen Profits den hungernden Arbeitern eine kleine Teuerungszulage gewähren?

Jedenfalls kommt eine Petition an den Reichskanzler erheblich billiger und man kann sie vielleicht doch ausmachen, um Dumme zu angeln. Der Generalsekretär des petitionierenden Unternehmerverbandes, Landtags-Abgeordneter Dr. Vohly, ist ja der Reichstagskandidat der Grubenbarone, und flugs erörtert die Unternehmerpresse des Industriebezirks, wie viel Dank die Arbeiter diesem Vereine für seine Petition doch schuldig seien und ein wie warmes Herz der Herr Kandidat Dr. Vohly selbst bei dieser Gelegenheit den Arbeitern zeige. Daß der Biß dieser industriellen Zollwucherer in Berlin gar nicht ausreichte, sintemalen die agrarischen Zollwucherer doch noch einflußreicher sind, ist bekannt. Und es lag ihnen auch wohl gar nichts daran, denn diejenigen Unterzeichner der Petition, die zugleich Großgrundbesitzer sind — es sind sehr viele —, haben ja selbst ein lebhaftes Interesse an hohen Lebensmittelpreisen. Man hat also einfach Komödie gespielt.

Trotzdem der Kandidat der Hütpartei, Dr. Vohly, sich im Landtage beim Schulkommissar, beim Bergarbeiterklub usw. als arger Reaktionsär und bedingungsloser Vertreter der brutalsten Kapitalisteninteressen dargestellt hat, sind die Rattowitiner „Liberalen“ bereit, ihn auch als ihren Reichstagskandidaten zu akzeptieren. Herr Vohly will zu diesem Zweck in einer Vertrauensmännerklärung der Liberalen über politische Tagesfragen referieren. In einer öffentlichen liberalen Wählerversammlung zu sprechen, hat der „liberale“ Kandidat abgelehnt und die liberalen Vertrauensmänner sind damit durchaus einverstanden, sie wissen schon warum. Welch ein Jammerbild, dieser Liberalismus!

Gemeingefährliche Sparsamkeit. Die bayerischen Verkehrsanstalten — vom Volksmunde nicht unzutreffend „verleichte Anstalten“ getauft — betreiben eine Sparpolitik, die meist lächerlich wirkt und den Wählern dankbaren Stoff liefert, zuweilen aber auch ganz gefährliche Formen annimmt. Die „Neue Bayerische Landeszeitung“ ist in der Lage, einen Erlaß zu veröffentlichen, den die kgl. Betriebswerkstätte Schweinfurt an das ihr unterstellte Lokomotivpersonal hat ergehen lassen und worin angekündigt wird, daß ab 16. August ds. Js. bei einer Anzahl von Bügen der Strecke Schweinfurt-Gemünden die Lokomotiven nur mehr von Lokomotivführern bedient werden, die die Geschäfte des Heizers mit zu versehen haben. Zur Beobachtung der Strecke hat ein Schaffner die Maschine zu begleiten. Diese Maßnahme ist für das teufelnde Publikum nicht gleichgültig. Der Führer muß seine Aufmerksamkeit zwischen Apparaten und den Obliegenheiten des Heizers teilen, der ihn auf der Maschine begleitende Schaffner ist mit der Maschine nicht vertraut und in der Beobachtung der Strecke ungründ. Passiert nun dem Führer etwas, was ihn zur Bedienung der Maschine unfähig macht, dann ist der Zug sich selbst überlassen, wenn sich aber ein Eisenbahnunglück ereignet, so wird nicht das Sparsystem, sondern irgend ein untergeordneter, überlasteter Bediensteter vor Gericht gezogen.

Die englische Flotte signalisiert. Dem Danziger Oberpräsidenten ging heute durch den englischen Generalkonsul die offizielle Mitteilung zu, daß die englische Kanalflootte, bestehend aus elf Minenschiffen und acht Kreuzern unter dem Befehl des Admirals Wilson am 1. September vormittags auf der Reede vor Neufahrwasser eintreffen und bis zum 4. September dort ankern wird. Die Flotte läuft vorher Schweinfurt an. —

Südwestafrikanische Verluste.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Krankheiten sind gestorben: Gefreiter Hermann Niebald, geboren am 13. 1. 84 zu Delschowitz, am 19. Juli 1905 in der Kroneninsel-Gebirge bei Typhus; Reiter Theodor Uecker, geboren am 22. 3. 82 zu Furdenheim, am 10. August 1905 im Lazarett Lüderichs bei Herzschwache und Lungenentzündung.

Nachträglich gemeldet: Reiter Johann Meier, geboren am 5. 5. 82 zu Brud, am 17. Juni 1905 im Gelecht bei Karus gefallen.

Anßerdem: Bei Naalgras gefallen gemeldeter Gefreiter Wilhelm Ruffog, hat sich mit Brustschuß auf Gurmanas bei der Truppe wieder eingefunden; zurzeit Lazarett Windhuk. Befinden befriedigend. —

Ausland.

Das norwegische Volk hat das Wort.

Kristiania, 13. August.

Das hier in Norwegen am heutigen Tage geschieht, ist ein Ereignis von dauernder Bedeutung für die Geschichte des norwegischen Volkes. Kein Kaiser und kein König hat hier zu bestimmen, es ist das Volk selbst, das über die Zukunft seines Staatswesens entscheidet, oder besser gesagt, darüber, ob die durch den Storting beschlossene tatsächlich schon aufgelöste Union mit dem Unionskönig weiter bestehen soll oder nicht. In ganz Norwegen von der Nordsee und dem Skagerrak bis hinauf an das Eismeer weht die reine norwegische Flagge, in allen Städten und Dörfern, von Privathäusern, von den Kirchen und öffentlichen Gebäuden, auf den Handels- und Kriegsschiffen und selbst von dem königlichen Schloß in der Hauptstadt und Oslogard auf dem nahegelegenen Bygdö. Auch auf diesen Schloßern hat der König, hat Schweden nichts mehr zu bestimmen. Das Unionszeichen, das den Norwegern als ein Zeichen der Abhängigkeit ihres Volksstaates von dem aristokratischen Schweden galt, ist aus der Flagge beseitigt und heute hat das Volk selbst in der rein demokratischen Form der Volksabstimmung kundgegeben, ob es mit dem neuen Zustand, mit der Unabhängigkeitserklärung von dem oberhöchsten Richter nach dem Osten einverstanden ist. Und nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten hat das norwegische Volk gezeigt, daß es der Macht würdig ist, die in seine Hand gelegt wurde.

Das einzige, was an einer wirklichen Volksabstimmung mangelt, ist der Umstand, daß die Frauen nicht stimmberechtigt sind. Sie haben, um ihrer Meinung Ausdruck zu geben, eifrig Unterschriften auf die Adresse gesammelt, die heute mittag um 1 Uhr von einer Frauendeputation im Stortinggebäude dem Stortingpräsidenten und der Regierung überreicht wurde.

Unser Bruderorgan „Social-Demokraten“ hat namentlich auch in den letzten Tagen wieder eine starke Agitation für die republikanische Staatsform entfaltet, und unsere Parteigenossen haben sich alle Mühe, um die Bestrebungen des „Fachsvereins der Könige“, den überflüssigen Posten eines norwegischen Königs von neuem zu besetzen, zu durchkreuzen. Die starken Sympathien für die Republik, die im Volke zweifellos lebendig sind, werden offenbar durch die eifrige Arbeit der Sozialdemokratie stark gefördert. Es wird den herrschenden Parteien schwer fallen, ja wohl ganz unmöglich sein, das Volk zu überzeugen, daß das Staatswesen eines königlichen Oberhauptes bedarf oder daß die Forderung einer neuen Volksabstimmung, diese Frage zu entscheiden, unberechtigt sein soll. Hier in Kristiania ist man vollumfänglich damit zufrieden, daß im Schloß und Schloßgärten kein König, sondern nur „der deutsche Kaiser“ residiert, nämlich der aus Deutschland stammende Schloßgärtner, der den Namen Kaiser trägt und offenbar nichts dagegen hat, wenn kein König über ihm steht.

Eine große patriotische Demonstration gegen zwei angelegene Männer hat gestern abend in Drammen stattgefunden. 3000—4000 Menschen sammelten sich gegen 1/10 Uhr vor dem Hause des Kaufmanns Hauks und gaben durch Pfeifen und Schimpfen ihre Mißbilligung kund. Dann zog die Menge vor das Haus des Bürgermeisters Ahnning, gegen den in derselben Weise verfahren wurde. Der Bürgermeister trat auf den Altan und rief in die Menge: „Mithürger, was wollt Ihr von mir?“ — „Du verfluchter Schlingel!“ antwortete die Menge. Steine flogen gegen die Fenster, daß sie zersprangen, und der Baum um das Grundstück wurde niedergedrückt. Um 12 Uhr kam die Polizei mit den städtischen Spritzenwagen. Der Aufforderung auseinanderzugehen, wurde nicht Folge geleistet und auch der Wasserstrahl der Spritzen vermochte den Hornesbrand der Volksmasse nicht zu dämpfen. Die Menge verurteilte die Polizei zurückzudrängen, mißte aber immer wieder den kräftigen Wasserstrahlen weichen. Endlich kam der Polizei ein gewaltiger Matschregen zu Hilfe und gegen 1 Uhr gelang es dann den vereinten himmlischen und irdischen Wasserkraften, die Menge zum Rückzug zu bewegen. Die Ursache der Demonstration ist teils der Umstand, daß man meint, die beiden konterbaiten Männer hätten Anteil an dem Briefe des Oberlehrers Winter, teils auch, daß der Bürgermeister das Verlangen nach Ausschmückung der Abstimmungslokale nicht billigte und ebenso wenig den Gesang der Vereine am Abstimmungstage, wogegen in keiner anderen Stadt irgendwelche Einwendungen erhoben wurden.

Kristiania, 15. August. Bis heute mittag ist nachfolgendes Ergebnis der Volksabstimmung in der Unionsfrage bekannt geworden: Es stimmten 365 997 mit ja und 182 mit nein. Die Ergebnisse aus 12 Kreisen sehen noch aus.

Kristiania, 15. August. Das „Morgenblatt“ schreibt heute unter der Überschrift „Was jetzt?“ unter anderem: Der schwedische Reichstag wünschte die direkte Erklärung von dem norwegischen Volke; dies ist jetzt erfüllt. Das Volk sieht größere Schwierigkeiten voraus bei den möglicherweise folgenden Verhandlungen. Die Einigkeit über die verschiedenen Fragen mit ihren mannigfaltigen Einzelheiten konnte im Handumdrehen erreicht werden. Das jetzige Interregnum hat, so führt das Blatt dann weiter aus, seine Bedeutung, und es muß im wohlverstandenen Interesse beider Länder baldigt gesüht werden, dieses abzulösen. Vielleicht werden einzelne in Schweden meinen, wir hätten keine Eile. Dies ist indes nicht so; wir haben zwei bis drei Monate auf eine Antwort des Königs Oslogard betreffend den Thron Norwegens gewartet, aber der Reichstag hat bislang den König nicht in stand gesetzt zu antworten. Dem Wunsche nach einer Volksabstimmung ist man jetzt mit einem durchaus entscheidenden Ergebnis entgegengekommen; wenn man sich kurze Zeit hierauf an Schweden wenden wird, so glauben wir, daß man in Schweden erkennen wird, Norwegens Wartezeit müsse sich bald ihrem Ende nähern.

Frankreich.

Konvulsions Dank für die Aufnahme der französischen Flotte. Des Bains, 15. August. Ministerpräsident Rouvier hat dem englischen Minister des Aeußeren Marquis of Lansdowne telegraphisch den Dank der französischen Regierung für die dem französischen Geschwader von der englischen Bevölkerung bereicherte Aufnahme ausgedrückt. Rouvier sieht in diesen Kundgebungen ein neues Unterpfand für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens.

Genosse Kriesschmidt, unser langjähriger Pariser Korrespondent, ist leider erkrankt und bedurft eines längeren Erholungsurlaubes. Unsere Pariser Korrespondenzen stammen seit dem 1. August nicht mehr aus seiner Feder.

Spanien.

Hungernot und Hungerrevolten.

Sevilla, 15. August. Die Zahl der Arbeiter, die in der Umgegend von Hissuna im Lande unbeschäftigt, wird auf 3000 geschätzt. Viele sind mit Gewehren bewaffnet. Die städtischen Behörden erklären sich für machtlos. Die Kassen sind leer, die verteilten Unterstüßungen unzureichend. Die Kassen der Behörden sind leer, die der Klöster aber mit ungezählten Millionen gefüllt! Warum greift nicht einmal die Geistlichkeit in den Streit, um die Hungernden zu sättigen?! —

Amerika.

Kriegssekretär Taft in Manila. Taft ist mit seiner Gesellschaft in Manila glänzend empfangen worden. In seiner Begleitung be-

finden sich viele hervorragende Politiker, Kongressmänner, Senatoren und auch Alice, die Tochter Roosevelt's, die viel gefeiert wird. Taft ist ein genauer Kenner der Lage auf den Philippinen; durch seine Versöhnungspolitik als Gouverneur der Inseln war es ihm gelungen, geordnete Verhältnisse herzustellen und dem Kriegszustand ein Ende zu machen. Mit seinem Nachfolger, dem jetzigen Gouverneur Wright, sind die Philippinos nicht so gut zufrieden. Wright war ein Richter in einem Südkontinent der Union und man sagt ihm nach, daß er das Blut des „Südlings“ nicht verleugnen könne und in den Philippinos nur eine bessere Art von „Niggers“ sehe und sie danach behandle. Die gebildeten Philippinos sind aber sehr empfindlich dagegen, als minderwertig betrachtet zu werden. Taft kennt den Wunsch vieler nach mehr Selbstverwaltung und da sein Wort in Washington sehr schwer wiegt, so man der großen Rede, die er auf einem Banquet halten sollte, mit Spannung entgegen. Die Rede brachte den Philippinos keinerlei Hoffnung. Taft bekräftigte nur, was er früher schon wiederholt geäußert, daß neun Zehntel der Inselbewohner für eine Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten durchaus nicht reif seien. Er meinte, daß in einem solchen Falle der Selbstverwaltung diejenigen regieren würden, die jetzt durch zahlreiche Hypotheken die großen und kleinen Landbesitzer in der Gewalt haben. Die Philippinos waren sehr unzufrieden mit dieser Rede, die ihnen bewies, daß die Selbstverwaltung für sie noch in weiter Ferne liegt. — Die amerikanische Gesellschaft wird auch einen Besuch in Japan machen, der aber nur kurz ausfallen wird, um die Russen nicht zu sehr zu kränken. —

Der Krieg in Ostasien.

Der Stand der Friedensverhandlungen.

Portsmouth (New Hampshire), 15. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Inhalt der von der Friedenskonferenz angenommenen drei Artikel ist folgender: Rußland erkennt Japans vorherrschenden Einfluß und besondere Stellung bezüglich Korea an, welches Rußland von nun an als außerhalb seiner Einflusssphäre stehend anzusehen bereit ist. Japan verpflichtet sich, die Suzeränität der herrschenden Dynastie anzuerkennen mit der Verpflichtung, die Zivilverwaltung zu beraten, zu unterstützen und zu vervollkommen. Rußland und Japan erkennen gegenseitig die Verpflichtung an, die Mandchurien zu räumen, auf alle besonderen Vorrechte dort zu verzichten, die territoriale Unverletzlichkeit Chinas zu achten und den Grundsatz gleicher Rechte für Handel und Industrie aller Nationen in dieser Provinz aufrecht zu erhalten. Rußland und Japan verpflichten sich ferner zur Abtretung der chinesischen Ostseebahn von Charbin aus südwärts an China. In bezug auf diese Zession wird es China und Japan überlassen, eine Vereinbarung zu treffen bezüglich der Rückerstattung der Japan durch die Wiederherstellung der Eisenbahn und der Straßen südlich der gegenwärtigen Stellung der russischen Armee erworbenen Kosten. Wenn es China nicht möglich sei, das hierzu nötige Geld aufzubringen, so könne vielleicht irgend eine andere Macht gegen hypothetische Sicherstellung die Rückerstattung der Kosten an Japan übernehmen.

Waffenstillstand in der Mandchurien?

Portsmouth, 15. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Tatsächlich herrscht in der Mandchurien Waffenstillstand. Es ist unwahrscheinlich, daß während der Verhandlungen ein Gefecht stattfinden wird; denn es wird von beiden Seiten zugegeben, daß, wenn Oyama Einemisch zu einem Gefecht zwingen würde, in dem Tausende von Menschen umkommen, Japan unvermeidlicherweise sein Ansehen bei der ganzen Welt verlieren würde.

Die russische Revolution.

Judenhagen, Henterlaten, Todesurteile, Verfolgungen und Verdrückungen — das bleiben nach wie vor die Taten des Jarkismus, der gar nicht daran denkt, irgend welche Konzessionen zu machen. Das klärt die Lage. Die Revolution muß ganze Arbeit machen; sie hat nichts zu verlieren und alles zu gewinnen.

Die revolutionäre Bewegung scheint gegenwärtig in den Ostseeprovinzen am leidenschaftlichsten zu sein.

Bauernunruhen.

Telegramme bürgerlicher Blätter nennen die Zustände in den Ostseeprovinzen „anarchistische“. Nach Petersburger Meldungen hätten in Ostland und Ostpreußen 22 Gemeindeverwaltungen ausgeplündert, die Ausschreibungslisten der Referenden vernichtet und die staatlichen Gelder geraubt. In Livland hören die Ueberfälle auf die Güter in letzter Zeit nicht mehr auf. Drei Gutsbesitzer wurden getötet.

Zu den Hehen.

Revel (Gouv. Witebsk), 14. August. Gestern abend kam es hier bei der Verdrückung jüdischer Arbeiter zu Unruhen. Als die Polizei die Ruhestörer vertreiben wollte, wurde aus der Menge eine Bombe geworfen, durch die ein Polizeibeamter schwer, ein anderer sowie ein Passant leicht verwundet wurden.

Reris, 14. August. Hier begehen seit drei Tagen Volkshäuser antisemitische Ausschreitungen. Die Läden und Häuser vieler Juden werden geplündert. Als aus einem Hause, in dem sich ein jüdischer Klub befindet, auf Soldaten geschossen wurde, wodurch ein Soldat verwundet wurde, gaben auch die Soldaten Schüsse ab, durch die ein Jude getötet und einer verwundet wurde. Viele israelitische Familien verließen die Stadt.

Ueber die Vorgänge in Bialystok

berichtet ein Privatbrief des „V. L.“: Es ist geradezu haarträubend, was wir alles gestern und heute hier in Bialystok durchlebt haben. Am hellen Tage wurde gestern in eine Militärpatrouille eine Bombe geschleudert, weil dieselbe Patrouille eine Stunde vorher einen jungen Menschen erschossen hatte. Das ist noch das Wenigste. An Bomben sind wir schon derart gewöhnt, daß sie sogar die kleinen Kinder nicht erschrecken. Was gestern aber geschah, läßt sich nicht beschreiben. Den ganzen Tag und die ganze Nacht marschierten Soldatenscharen und schossen jeden, dem sie auf der Straße begegneten, oder der sich zum Fenster wagte, nieder. Das Leben der friedlichen Bürger, das in Rußland schon längst keinen Wert mehr hat, wurde den langhärigen, fürchterlich betrunknen Reservisten preisgegeben, und diese Trunke führten die ihnen anvertraute Sache in glänzendster Weise aus. Die Zahl der Getöteten und Schwerverwundeten erreicht 300, abgesehen von den Zahllosen, die in ihren Wohnungen verwundet wurden und vom Arzte privatim behandelt werden.

Der Henker arbeitet!

Petersburg, 15. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der „Röder“ des Genarmee-Leutnants Stramorenko in Wiborg, Pskow, ist zum Tode durch den Strang verurteilt worden. — Procop ist seinen finnländischen Richtern gewaltig entzogen und in Petersburg „gerichtet“ worden.

Das politische Erwachen der Bauern.

Moskau, 15. August. Der Kongreß des Bauernverbandes, welcher hier unter Beteiligung von bäuerlichen Vertretern aus 22 Gouvernements tagte, verlangt für die Wahl der Volksvertreter das allgemeine direkte und geheime Stimmrecht vom 20. Jahre an ohne Unterschied des Geschlechts sowie eine konstituierende Versammlung mit gesetzgeberischer Initiative, Verfügung über die Finanzen, Kontrolle über die Verwaltung, die persönliche Unantastbarkeit der Volksvertreter usw. Ferner erkennt der Kongreß die Notwendigkeit, den bäuerlichen Landbesitz zu erweitern, an und fordert den obligatorischen unentgeltlichen Elementarunterricht, die Verwirklichung der Schule, Gratisbibliothek und Lesesäle.

Regierung gegen Semstwo.

Wie und aus Petersburg gemeldet wird, fährt die russische Regierung fort, energische Maßnahmen zu treffen, die sich vor allem gegen die Semstwo und die von denselben entwickelte Tätigkeit richten. So werden jetzt die Semstwo-Verwaltungen von den zuständigen Gouverneuren darauf „aufmerksam“ gemacht, daß der feinerzeit stattgehende Moskauer Semstwo-Kongreß wie das Organisationsbureau außerhalb des Gesetzes stehen, da sie sich eigenmächtig gebildet und Machtbefugnisse zugelegt haben, die ihnen nicht zustehen, weshalb deren Befehle als nicht gesetzlich gelten. Infolgedessen werden die Semstwo aufgefordert, alle Mitteilungen, Auforderungen, Anfragen und Angebote von den Semstwo-Kongressen oder -Bureaus, die an die betreffenden Semstwo gerichtet werden, unberücksichtigt zu lassen und alle Schriftstücke dem zuständigen Gouverneur zu überweisen. Aber auch damit nicht genug. Um jede agitatorische Tätigkeit der Semstwo lahm zu legen, ist ihnen ferner eröffnet worden: 1. Ohne Erlaubnis der Gouvernements-Administration ist die Verbreitung jedweder Werke und Schriften (gedruckt oder vervielfältigt) unzulässig; 2. Petitionen, die an den Zaren gerichtet werden sollten, sind nicht anzunehmen und an die betreffenden Absender zurückzusenden; 3. Die Verhaftung der bei den Semstwo tätigen Personen tatsächlich durchzuführen; 4. Keinerlei Handlungen zuzulassen, die nicht genau von dem Gesetz vorgeschrieben sind usw. Hierdurch werden die Semstwo in ihrer Tätigkeit mehr denn je beschränkt, aber schließlich muß die russische Regierung wahrscheinlich doch wissen, ob ein derartiges Vorgehen gegen die Semstwo, zumal jetzt, für das russische Reich ersprießlich ist.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Ueber die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland wird in der „Brandenburger Zeitung“ ein ausführlicher Bericht veröffentlicht. Danach zählt die Partei im Kreis zurzeit 2034 organisierte Mitglieder. Aus den einzelnen Vereinen wird eine erhebliche Mitgliederzunahme gemeldet. Ueber die Einnahmen liegen nur Berichte aus den Einzelvereinen vor. So hatte Brandenburg bei 1287 Mitgliedern 4120 M. Reineinnahme, Rathenow bei 884 Mitgliedern eine Gesamteinnahme von 1020 M. Die „Brandenburger Zeitung“ hat gute Fortschritte gemacht. Der vorjährige Streit um die Beteiligung der einzelnen Parteiorde an der Verwaltung und Beaufsichtigung des Blattes ist beigelegt. Es ist ein neues Statut in gemeinsamer Beratung festgestellt worden, das alle Beteiligten der nächsten Kreisversammlung zur Annahme empfiehlt.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Sorau-Forst hat jetzt in sechs Ortsvereinen 1271 Mitglieder, worunter 1018 Abkommen des Parteiblattes. Die Gesamteinnahmen dieser Vereine betragen 5393 M. Die Generalversammlung dieses Kreises, die am Sonntag in Forst abgehalten wurde, beschloß eine Anzahl Abänderungsanträge zum Organisationsstatut der Partei. Ueber den politischen Massenstreik wurde ein Referat von Stolpe-Görky und ein Korreferat von Markwald entgegengenommen. Die Redner schienen sich, nach dem kurzen Bericht zu schließen, für die Möglichkeit des Massenstreiks ausgesprochen zu haben.

Der Kreiswahlverein für Kalau-Ludau zählt jetzt in zehn Ortsvereinen 539 Mitglieder. Er nahm im abgelautenen Geschäftsjahre um rund 100 Mitglieder zu.

Im Kreis Kassel-Relingen wurde eine Zunahme von 700 organisierten Genossen im letzten Geschäftsjahre konstatiert. Die Einnahmen betragen 4723 M. Das Kasseler „Volkblatt“ hat in der Zeit vom 1. Juli 1904 bis Juli 1905 1700 Abkommen gewonnen.

Die Zahl der organisierten Genossen im ersten hessischen Wahlkreis stieg von 1179 am 31. Juli 1904 auf 1265 am Schlusse des Geschäftsjahres. Die Reineinnahme betrug 7177 M.

Im 18. hannoverschen Wahlkreis wurden 469 organisierte Parteigenossen gezählt. In 6 Gemeinden sind 12 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder gewählt.

Der Breslauer Parteiverein beschäftigte sich am Montagabend mit dem Parteitag in Jena und stellte den Antrag, im neuen Organisationsstatut möge genau ausgesprochen werden, daß das Vertrauensmännerstystem nur dort in Kraft bleibt, wo gesetzliche Hindernisse der Vereinsorganisation im Wege stehen. Ferner wurde ein Antrag gestellt, das Thema „Strafrecht und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Dasselbe wurde inbezug auf die Alkoholfrage genehmigt.

Die Versammlung gab ferner dem Wunsche Ausdruck, daß es im Interesse einer proletarischen Jugenderziehung der Parteipresse gestattet sein möge, die Kinderbeilage der „Gleichheit“ vollinhaltlich nachzudrucken. Zum Parteitag wurden die Genossen Rother und Löbe delegiert.

Aus Industrie und Handel.

Zuckerverbrauch. Am 1. September werden es zwei Jahre, seitdem die Brüsseler Zuckerkonvention wirksam geworden ist. Die Erfahrungen gleich des ersten Jahres haben die Voraussage einer starken Steigerung des Inlandsverbrauches in den Zucker exportierenden Produktionsländern bestätigt. Für die europäischen Länder und Nordamerika stellte sich pro Kopf der Bevölkerung der Zuckerverbrauch im Jahre 1902/03 auf 17,11 Kilogramm gegen 14,60 Kilogramm im Jahre 1902/03. Die Steigerung beträgt pro Kopf der Bevölkerung nicht weniger als 2,51 Kilogramm. Das ist eine Zunahme von einem Jahr zum anderen, wie sie, seit eine internationale Verbrauchsstatistik vorliegt, noch nicht dagewesen ist. Am stärksten hat der Verbrauch in den Ländern zugenommen, in denen die Zuckerverfeinerung infolge der Brüsseler Konvention herabgesetzt werden mußte und der Ansporn zum Export in Gestalt der Prämie wegsiel. Diese Länder sind vor allem Deutschland, Oesterreich, Frankreich und Belgien. Von diesen zeigt die stärkste Konsumsteigerung Frankreich. Im Jahre 1902/03 betrug der Zuckerverbrauch 10,71 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1903/04 stieg er fast auf das Doppelte, nämlich auf 20,11. Ganz beträchtlich ist die Zunahme auch in Deutschland. Nach der offiziellen Reichsstatistik, die den Konsum pro Kopf der Bevölkerung in Verbrauchs Zucker angibt und das Betriebsjahr vom 1. August bis 31. Juli rechnet, stellte sich der Konsum 1902/03 auf 12,5, dagegen 1903/04 auf 17,2 Kilogramm. Nach der internationalen Zusammenstellung, die den Verbrauch in Rohzuckerwert berechnet und das Zuckerjahr später beginnen läßt, ist die Konsumzunahme noch erheblicher: es stieg der Verbrauch von 12,84 Kilogramm im Jahre 1902/03 auf 19,51 im Jahre 1903/04. Weniger erheblich war die Verbrauchszunahme in Oesterreich. Pro Kopf der Bevölkerung wurden 1902/03 noch 7,91 Kilogramm, 1903/04 dagegen 10,61 Kilogramm konsumiert. Belgien endlich hatte einen Zuckerverbrauch pro Kopf von 15,29 Kilogramm im Jahre 1903/04 gegen 9,93 im Jahre zuvor.

Ganz anders gestaltet sich der Zuckerverbrauch in den eigentlichen Importstaaten wie z. B. in England und in der Schweiz. Hier rechnete man keineswegs damit, daß die Exportstaaten einen großen Teil ihrer Produktion in eigenen Lande unterbringen könnten, sondern hoffte auf eine billige Versorgung ganz ebenso wie vor dem Inkrafttreten der Brüsseler Konvention. Diese Hoffnung schlug fehl. Wohl war bekannt, daß sich in den Monaten

September bis Dezember 1903 der inländische Zuckerbedarf von Deutschland, Oesterreich und Frankreich um nahezu 50 Proz. gehoben hatte, man mühte aber nicht, wie viel von diesem Mehrverbrauch zur Auffüllung der gänzlich erschöpften Lagerbestände in zweiter, dritter und vierter Hand gedient hatte und wieviel in den wirtschlichen Verbrauch übergegangen war. Das importbedürftige Ausland wartete daher auf ein noch stärkeres Weichen der Preise. Es trat aber keine Preisermäßigung, sondern eine unerwartete Preissteigerung ein und zwar infolge der sommerlichen Dürre. Die Mühen der 1904 lieh ein solches Resultat erwarten, daß sich die Preise ohne jeglichen Widerstand entwickeln konnte. Infolge dieser Umstände hatten die Importeure ein ungünstiges Geschäftsjahr, was sich in einem Rückgang des Verbrauches bemerkbar machte. In England ist dieser Rückgang gering, aber gegenüber der in früheren Jahren viel höheren Verbrauchsziffer doch beachtenswert. Es fiel der Zuckerkonsum pro Kopf der Bevölkerung von 39,60 Kilogramm im Jahre 1902/03 auf 39,14 im Jahre 1903/04. In der Schweiz ging der Verbrauch von 28,68 Kilogramm im Jahre 1902/03 auf 26,42 im Jahre 1903/04 zurück.

Der Umsatz des Rheinisch-westfälischen Kohlenhandels im Juli hat ziemlich genau dem Vorausschlag entsprochen. In der Zechenbesitzer-Versammlung vom 20. Juni war der voraussichtliche Absatz für den Monat Juli auf 77,000 Tonn. der Beteiligungsziffern veranschlagt worden. Auf die Arbeitstage berechnet ergibt dieser Anschlag für Juli bei 28 Tagen 2 663 066 Tonn. Demgegenüber betrug laut „Rhein. Ztg.“ tatsächlich der Absatz 5 082 647 Tonn., so daß ein Mehrertrag von 19 581 Tonn. gegenüber dem Vorausschlag erreicht wurde. Es sind somit 77,30 Proz. im Vormonat abgesetzt worden.

Wimpelzug. Die Verlockung Unerfahrener zu allerlei Börsenspekulationen wird neuerdings von zweifelhaften „Bankhäusern“ wieder mit Nachdruck betrieben. Wie die „Ndn. Ztg.“ berichtet, versendet die Düsseldorf-Firma Kuffermann u. Co. Rundschreiben, in denen sie zu allen möglichen Börsengeschäften, insbesondere auch zu Prämiengeschäften zu verleiten sucht, und zwar versendet sie diese Rundschreiben auch an Angestellte von Banken, denen solche Geschäfte verboten sind. Aus den Formularen, die sie ihnen mit Prospektzungen geschildert, ergibt sich, daß sie sich auch die Unterlagen für die spätere Erhebung des Differenzschwarzes beschaffen werden. Wer sich nämlich durch die Rundschreiben von Kuffermann u. Co. einfangen läßt, hat nach dem vorgedruckten Formular zu erklären, ob er die Werte, über die er den Rat dieser Firma einholt, als Anlage- oder als Spekulationswerte anzuschaffen beabsichtigt. — In ähnlicher Weise wie diese Firma, arbeitet von Budapest aus die Firma Max Reumann u. Co., die außer in ihrem Rundschreiben in dem von ihr herausgegebenen „Finanzellen Wegweiser“ für Prämiengeschäfte Stimmung macht. Sie hat unter anderem vor kurzem, als der Kurs der Jungbunzlauerer Spiritus- und chemischen Fabrikaktien in Wien mit 600 notiert wurde, in unglücklicher Weise für dieses Papier Stimmung zu machen und Käufer heranzulocken versucht. Wer darauf hineingefallen ist, mag sich heute bei einem Kurse von 534 bei ihr bedanken. Die schon wiederholt ausgesprochene Warnung vor dergleichen Firmen kann angesichts der Erfolge, die sie trotz allem beim Wimpelzug erzielen, nicht oft genug wiederholt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aufruf an alle organisierten Personen sämtlicher Bauhandwerker!

Die organisierten Einleger des Holzarbeiter-Verbandes veranstalten am Donnerstag, den 17. August, eine Baukontrollen, um die Schäden und Mißstände ihres Berufes festzustellen. Wir bitten unsere Kollegen, soweit es in den Kräften der Bauarbeiter steht, dabei behilflich zu sein. Die Branchenkommission.

Zur Aufständebewegung der Gasarbeiter.

Die Arbeiter der städtischen Gasanstalten aus den Werken Müllerstraße, Danzigerstraße, Gitschinerstraße, Stralauer Platz, Schmargendorf und Tegel befehden sich am Montagabend in Dräsel'schen Festsälen erneut mit der vom Gemeindearbeiter-Verband eingeleiteten Bewegung zur Erreichung des Achtstundentags. Verbandssekretär Poersch wies in seinem Referat eingehend die Notwendigkeit einer nur achtstündigen Arbeitszeit für die Gasarbeiter nach. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung an die Erschienenen, von jetzt ab jede Gelegenheit auszunutzen, um auch den letzten Mitarbeiter von der gewaltigen Bedeutung dieser Bewegung zu überzeugen. Denn da bereits in einer Reihe von Städten die Gasarbeiter nur acht Stunden zu arbeiten brauchen und damit auch gute Erfahrungen gemacht worden sind, so seien es die Berliner Gasarbeiter geradezu ihrer Ehre schuldig, nicht länger hinter ihren auswärtigen Arbeitskollegen zurückzufallen. Vielmehr müsse die sozialpolitisch so außerordentlich rückständige Berliner Stadtverwaltung jetzt mit voller Energie dazu gedrängt werden, für die städtischen Gasarbeiter endlich auch einzuführen, was in anderen Orten längst besteht, wenn nicht anders, so durch Eintritt in den Streik. (Der Vortrag fand starken Beifall.) In der Diskussion äußerten sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Die Zeit des ewigen nutzlosen Wägen sei jetzt vorbei. Es könne nur mit Freuden begrüßt werden, daß sich die städtischen Arbeiter endlich einmal auf sich selbst besinnen, denn bei ihrer bisherigen Laune seien sie bereits gewissermaßen der Verachtung der übrigen Gewerkschaften anheimgefallen gewesen, weil sie meistens immer billiger gearbeitet hätten, wie die Arbeiter der Privatbetriebe. Nur zu lange schon hätten sie sich bloß mit einigen Witzigen, sogenannten sozialpolitischen Gnadenmännchen begnügt, die infolge der schlechten Löhne und der langen Arbeitszeit der Stadt Berlin sicher doppelt soviel einbrächten als wie sie ihr kosteten. Zeige die Stadtverwaltung diesmal kein Entgegenkommen, so sei der Streik unvermeidlich. Was dahin aber wolle jeder seine Schuldigkeit in rastloser Agitation wie in der Stärkung des Kampffonds tun, daß, wenn die Verhandlung zu gegebener Zeit ruft, die Berliner Gasarbeiter auch wie ein Mann hinter ihr stehen werden. (Lebhafte Beifall.)

Ohne weitere Diskussion wurde sodann einstimmig beschlossen, den laut Urabstimmung festgesetzten Extrabeitrag von 15 Pfennig pro Mann und Woche vom 1. September ab für den Kampffonds zu erheben.

Zur Aussperrung der Rüstler. In der am Montag abgehaltenen Versammlung der Streikenden ist insofern eine Wendung eingetreten, als auf Antrag der Leitung folgende Resolution zur Debatte gestellt wurde:

In Erwägung, daß es uns in einem hartnäckigen siebenwöchentlichen Kampf nicht gelungen ist, unsere Forderungen wegen Abz. 9 betreffs Arbeitsvermittlung zur Anerkennung zu bringen, beschließt die heute am 14. August tagende Versammlung der Streikenden der Rüstlerbranche, eine Urabstimmung darüber stattfinden zu lassen, ob der Streik in der bisherigen Form fortgesetzt oder der Absatz 9 fallen gelassen werden soll.

Entscheidet eine Dreiviertelmehrheit sich für Fortsetzung in der bisherigen Form, so ist der Kampf wie bis jetzt weiter zu führen, im anderen Falle fällt der Absatz 9 der Forderungen fort. Sollte der Arbeitgeberverband die Forderungen in dieser veränderten Form nicht annehmen, so sind dieselben sofort in dieser Abänderung neu zu versenden und der Kampf dafür ist bis zum äußersten fortzusetzen.

Der Arbeitgeberverband ist hiervon zu benachrichtigen und wird durch die endgültige Entscheidung in der Versammlung am Mittwoch, den 16. August, gefaßt.

Einleitend bemerkte Regge, daß sich die Streikenden bis jetzt mühselig gehalten haben. Da man aber in die achte Streikwoche rütre, so müsse sich die Leitung vergewissern, ob die Majorität dafür sei, noch einige Wochen den Kampf in unänderter

Form fortzusetzen, oder ob man den Absatz 9 fallen lassen solle. Nicht weniger als 17 Redner nahmen das Wort, von denen die Mehrzahl für Fortführung des Kampfes in unänderter Form eintrat. Doch wurde auch eingewendet, daß es besser sei, jetzt eine Wendung eintreten zu lassen, als nach 3-4 Wochen. Sollte der Arbeitgeberverband die Forderungen jetzt nicht annehmen, dann werde man den Kampf bis zum äußersten fortsetzen, dessen seien sich die Streikenden alle einig. Die geheime Abstimmung ergab nicht die Dreiviertelmehrheit und wird somit der Absatz 9 fallen gelassen.

Die Bewegung der Albumarbeiter. Eine öffentliche Versammlung der Albumarbeiter und -Arbeiterinnen, die in den Zentral-Festsälen tagte, nahm den Bericht des Branchen-Vertrauensmannes entgegen. Es haben seit der letzten öffentlichen Versammlung verschiedene Kommissionen, eine Delegiertenversammlung, 13 Werkstättenversammlungen und 4 Besprechungen stattgefunden, die meist der Erfüllung der damaligen Beschlüsse über Stellung von Forderungen dienten. Die Bewegung hat sich nicht so günstig gestaltet, wie man annahm; indessen sind doch in einer größeren Anzahl von Betrieben Lohnaufbesserungen erzielt worden, so daß Redner einen Fortschritt feststellen konnte. Er gab ein Bild von den Vorgängen in den einzelnen Betrieben. — Sitomsky nahm zu dem Bericht das Wort. Nach dem jahrelangen Niedergehen der Bewegung in der Albumindustrie sei es immerhin eine erfreuliche Tatsache, daß nach Erreichung des Aunfundentags im vorigen Jahr diesmal verschiedentlich Lohnaufbesserungen durchgeführt seien. Man mühte jetzt darauf dringen, daß jetzt noch in den Werkstätten, wo bisher keine Zugeständnisse gemacht seien, die Forderungen eingereicht und vertreten würden. Vor allem sei aber für eine weitere Stärkung der Organisation unter den Albumarbeitern und -Arbeiterinnen zu sorgen, damit etwaige spätere Versuche der Prinzipale, wieder Lohnkürzungen vorzunehmen, energisch zurückgewiesen werden könnten. Einige andere Redner äußerten sich im selben Sinne. Von der Fassung einer Resolution nahm man Abstand.

Die Tarifverhandlungen zwischen den Rollkutschern und Expediteuren sind am gestrigen Dienstag noch nicht zu Ende geführt worden. Wohl haben die Arbeitgeber einige Zugeständnisse gemacht, doch nicht in der erforderlichen Höhe. Die Tarifverhandlungen wurden bis zum nächsten Dienstag vertagt, weil am Sonntag erst noch eine Versammlung der Rollkutscher und Expediteure darüber gehört werden soll, inwieweit sie mit dem bisherigen Verhandlungsergebnis zufrieden ist.

Die Typsetzer beschäftigten sich am Montag im Rosenhaler Vereinshaus mit der Beratung eines neuen Tarifentwurfes. Der jetzige zwei Jahre bestehende Tarif läuft am 31. Dezember ab und muß am 1. Oktober gekündigt werden. Der Entwurf stand bereits in einer vorhergehenden Versammlung zur Diskussion und wurde in einzelnen Punkten geändert jetzt neu vorgelegt. Er enthält gegenüber dem laufenden Tarife in verschiedenen Positionen nennenswerte Verbesserungen. Nach längerer Debatte, die sich zum Teil um das Verhältnis zwischen Typsetzer und Typsetzer drehte, genehmigte die Versammlung den Entwurf, welcher nun der Innung vorgelegt werden soll. Eine eingehende Diskussion rief auch die Regelung des Arbeitsnachweises hervor, der vom Gewerkschaftshaus nach dem Rosenhaler Vereinshaus verlegt worden ist. Die Versammlung wählte eine Kommission von sieben Personen, die gegen eine Entschädigung von 50 Pf. pro Mann und Abend die nötigen Arbeiten verrichten soll, während die Vermittlung der Arbeit tagsüber dem Wirt Pfeffer obliegt.

Achtung, Sattler und Tapezierer! Wie gestern schon gemeldet wurde, haben die bei L. Lauenstein, Chausseestr. 10/11, beschäftigten Eisenmöbelpolierer die Arbeit eingestellt. Die Veranlassung dazu boten Tarifverhältnisse. Stets und ständig erklärte der Inhaber, diese Tarifpreise nicht weiter zahlen zu können und daß er sich heute suchen werde, welche billiger arbeiteten. Diesen ewigen Versuchen, die Arbeitstätigkeit zu drücken, bereiteten die Kollegen durch Arbeitsniederlegung ein Ende. Angefertigt werden Fleißbittstellen, Auflegematrizen usw. für die Firma D. Feibel, deren Hauptabnehmer für diese Artikel das Warenhaus Jandorf ist. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, diesen Betrieb streng zu meiden. Die Ortsverwaltung Berlin.

In einem kleinen Streit kam es gestern bei der Firma Worchers u. Jürgens Nachf. u. Grob-Eisenwarenhandlung in der Weißwalderstr. 20. Das Arbeitspersonal hatte dort bisher außerordentlich niedrige Löhne und zwar belamen Lagerarbeiter und Packer 18 bis höchstens 21 M. und die Kutscher 19 bis 21,50 M. pro Woche. Sie hatten jetzt Forderungen aufgestellt und diese durch einen Vertrauensmann dem Chef überreichen lassen. Ganz empört über diese „Dreißigkeit“ wühte der Herr nun nichts Gesehiedenes zu tun, als den Vertrauensmann stracks zu entlassen. Darauf legten sämtliche 21 Lagerarbeiter und Packer sowie die sechs Kutscher einmütig die Arbeit nieder. Bei den seitens der Organisation sofort eingeleiteten Verhandlungen erklärte der Chef zunächst, keine höheren Löhne zahlen zu können. Schließlich kam aber eine protokollarische Vereinbarung zu stande, laut welcher die Lagerarbeiter und Packer vom 1. September einen Anfangslohn von 19 M. steigend bis 23 M. nach vierjähriger Tätigkeit erhalten. Kutscher, die Einspänner fahren, bekommen anfangs 22 M.; nach 1/2 Jahr 23 M. und nach einem Jahr 24 M. Kutscher bei Zweispänner-Fahrtwerk erhalten je 50 Pf. mehr. Außerdem erkannte die Firma die Organisation der Transportarbeiter und Hausdiener an und versprach, keine Maßregelungen vorzunehmen. Darauf nahmen die Streikenden am selben Tage die Arbeit wieder auf.

Achtung! Arbeiter.

Die Sperre über die Firma L. Cronau, Markburgerstr. 3, dauert un verändert fort. Die Bauten sind: Friedenau, Membrandtstr. 17 und Kaiser Allee 102. Ferner ist gesperrt die Firma Otto mit ihren Konten: Christianstr. 114, Schönhauser Allee 131, Carmen Schloßstraße 157/158. Die Nachhewer-Kommission.

Deutsches Reich.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin sendet uns folgende Zuschrift:

Es ist dem ergebendst Unterzeichneten zur Kenntnis gelangt, daß in Ihrer Presse die Mitteilung Aufnahme und Verbreitung gefunden hat, in Stettin seien 200 organisierte Maurer in den Ausstand getreten.

Wir bitten diese Mitteilung gefl. widerrufen zu wollen, da dieselbe durchaus nicht der Wahrheit entspricht. Soweit hier bekannt ist, ist ein Ausstand von Maurern in Stettin nicht eingetreten.

In der Hoffnung, daß unserer Bitte entsprochen werde, zeichne unter bestem Dank Hochachtungsvoll

Das Geschäftsm. J. A. Karl Reim, Vorsitzender.

Die Rotiz hatten wir nach der Meldung eines bürgerlichen Depeschendebureaus gebracht.

Der allgemeinen Tarifbewegung haben sich auch die Witkographen und Steindruckere in Würzburg angeschlossen. Sämtlichen Unternehmern ist der hauptsächlich auf eine Regulierung der Löhne abzielende Tarifentwurf bereits zugegangen, eine Antwort ist jedoch darauf noch nicht erfolgt.

Buchbinderbewegung. Die Buchbinder und Buchbinderinnen der Firma Stärk in Würzburg sind in eine Bewegung eingetreten, um ihre sehr ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Da die Firma sich ablehnend verhält, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Kündigung eingereicht.

Rusland.

Aus der Arbeiterbewegung in Warschau. Der Inhaber einer in Warschau bekannten mechanischen Schuhwarenfabrik David Gastmann hatte sich seinen Arbeitern durch ein

gemeines Betragen, Schläge und Polizeispionage von je her unendlich verhaßt gemacht. In den Januartagen, zur Zeit des revolutionären Streiks in Warschau, verwundete er einen seiner Arbeiter und lieferte einige von ihnen der Polizei aus. Als Antwort darauf wurde seinerzeit vom lokalen Komitee des Bundes ein Vorkott über seine Fabrik verhängt. Der Vorkott wurde mit großem Erfolg durchgeführt. Um seine Fabrikation nicht gänzlich einzustellen, übertrug Gastmann seine Maschinen nach einem neuen, speziell zu diesem Zwecke in der Nähe eines Polizeireviere gemieteten Lokal, wo bei ihm einige Zeit Streikbrecher unter dem Schutze der Polizei arbeiteten. Aber auch das half nicht —, den Streikbrechern wurde es immer ungemütlicher bei ihm. Er übertrug seine Fabrik nach Lukow (Goub. Siedlec, eine Eisenbahnstation unweit Warschau) und arbeitete dort, von der Ortspolizei „freundchaftlich“ unterstützt. Die Geschäfte gingen aber immer trauriger. Der Spah hatte ihm bereits circa 30 000 Rubel gelostet. Unterdessen wühte die Polizei in Lukow; jeder junge Mann, der aus Warschau ankam, wurde auf dem Bahnhof verhaftet. Der edle Mann, der schließlich Frieden haben wollte, hat seine Arbeiter, der Organisation mitzutellen, daß er geneigt wäre, mehrere Tausend Rubel zugunsten des „Bundes“ zu spenden, damit der Vorkott abberufen würde. Die Organisation antwortete darauf mit einem Streik, den es ihr allmählich gelungen war, auf der neuen Fabrik in Lukow zu organisieren. Der Fabrikant war befohle. Er hat seine Arbeiter als Menschen achten gelernt und wird wohl nicht mehr Lust haben, seinen Häupten freien Willen zu geben.

Wir bringen unten ein Dokument, welches von Gastmann eigenhändig unterzeichnet und mit seinem Siegel versehen wurde, woraufhin der Vorkott durch eine spezielle Anzeige als aufgehoben erklärt wurde. Das Schriftstück lautet:

Erklärung!

Ich erkenne an, daß der Vorkott, der über meine Fabrik vom Bund wegen meiner verbrecherischen Handlungsweise gegen meine Arbeiter (Schläge und Auslieferung an die Polizei) verhängt wurde, wirklich verdient war und daß ich mich tatsächlich der Vergehen schuldig gemacht habe, deren ich angeklagt wurde.

In der Absicht, mich von diesem Schandfleck reinzuwaschen, habe ich zuerst an das Siedlecker und später an das Warschauer Komitee des Bundes mit der Bitte gewendet, den über mich verhängten Vorkott aufzuheben, und im voraus meine Einstimmung mit allen Bedingungen ausgesprochen, die der Bund mir diktiert wird.

(Es folgen die Bedingungen.)

David Gastmann.

Mit ähnlichem Erfolge endete vor kurzem der Vorkott der Lodzer Strumpfwarenfabrik Jacobsohn.

*) Abschaffung der Heimarbeit, Mündigung schädlicher Arbeiter, Lohnerhöhung, Wiederaufnahme der Arbeiter nach Vorschrift der Organisation.

Verfammlungen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter ersucht uns, eine Verwechslung, die in dem in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ enthaltenen Versammlungsbericht unterlaufen ist, richtig zu stellen: Der Aufnahme der Austrägerinnen der „Vorwärts“-Expeditionen ist nicht eine Verhandlung mit den Partei-Vertrauensleuten und einem Parteivorstandsmittglied vorausgegangen. Die Aufnahme erfolgte vielmehr im Jahre 1902 auf Wunsch des Expeditors und der Vertrauensleute vom Südosten des vierten Wahlkreises. Eine Verhandlung mit einem Teil der Vertrauensleute, der Expeditoren und einem Mitgliede des Parteivorstandes fand erst später statt aus Anlaß der von den Austrägerinnen gestellten Forderungen. Bei dieser Verhandlung ist seitens der Parteigenossen an den Verband das Verlangen gestellt worden, auch die Austrägerinnen des „Lokal-Anzeiger“ und der „Morgenpost“ aufzunehmen. Die Ortsverwaltung lehnte dies ab aus den Gründen, die im Versammlungsbericht angegeben sind und betonte dabei, daß sie die „Vorwärts“-Austrägerinnen nur deshalb aufgenommen habe, um den Parteigenossen, die das wünschten, entgegenzukommen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Der Zentralverband der Dachdecker veranstaltete am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung, zu der auch die Mitglieder der christlichen Organisation der Dachdecker eingeladen waren. Wie der Vorsitzende Höppner bemerkte, hatte die Versammlung den Zweck, eine Aussprache zwischen dem Verbande und der christlichen Organisation herbeizuführen. Diese hatte vor kurzem eine Versammlung veranstaltet, in welcher der Verband angegriffen wurde, die amwesenden Mitglieder desselben aber nicht hinreichend Gelegenheit hatten, ihren Standpunkt zu vertreten, weil die Redezeit für die Diskussionsredner beschränkt wurde. In der gegenwärtigen Versammlung wurde von vornherein völlige unbefristete Redefreiheit proklamiert. Die Redner von beiden Seiten machten davon auch so ausgiebig Gebrauch, daß die Versammlung ungewöhnlich lange währte, ohne daß die zwischen beiden Organisationen bestehenden Differenzen auch nur im geringsten gemildert wurden. Außer den grundsätzlichen Gegensätzen beider Organisationen bestehen nämlich noch besondere Differenzen, die ihre Ursache in der Tarifbewegung dieses Jahres haben. Der frühere Tarif war von beiden Organisationen gemeinsam mit den Unternehmern abgeschlossen. Bei der neuen Tarifbewegung ging der Verband nicht mehr mit den Christlichen zusammen; diese schlossen dann eiligst einen besonderen Tarif mit den Unternehmern ab. Derselbe steht hinter den vom Verband aufgestellten Forderungen zurück. Seitens des Verbandes wird behauptet, daß es dem Sonderabstufschluß der Christlichen zuzuschreiben ist, wenn bei der Tarifbewegung nicht das erreicht worden ist, was sonst hätte erreicht werden können. — Die Redner der christlichen Organisation behaupteten dagegen, ihr Vorgehen habe der Bewegung nicht geschadet, man würde auch ohnedem nicht mehr erreicht haben. Ferner stellten sie die Frage, warum der Verband bei der diesjährigen Tarifbewegung nicht wieder mit ihnen zusammengehen wollte. — Darauf wurde von Verbandsseite geantwortet: Die christliche Organisation habe es als ihre hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, den Verband unumsgesetzt zu verdrängen und mit Schmutz zu bewerfen. Mit solchen Kollegen, die die Tätigkeit des Verbandes fortwährend zu hindern bemüht waren, habe der Verband nicht mehr zusammengehen können. Uebrigens fühle sich der Verband fast genug, um die Interessen der Kollegen auch ohne christliche Hilfe entscheiden zu vertreten. — Außer diesen besonderen Differenzpunkten aus Anlaß der Tarifbewegung nahmen auch die prinzipiellen Gegensätze zwischen beiden Organisationen einen breiten Raum in der Debatte ein. Während die Vertreter der christlichen Richtung meinten, in einer Gewerkschaft, die, wie auf dem letzten Gewerkschaftskongress betont wurde, sich eins fühle mit der Sozialdemokratie, sei kein Platz für christlich gegläutete Arbeiter, verwies die Vertreter des Verbandes darauf, daß derselbe seine Mitglieder nicht nach dem Glaubensbekenntnis frage, und sie wegen ihrer religiösen Gesinnung nicht behelligen. Die christliche Organisation störe aber die Einheitsfront und Aktionsfähigkeit der Arbeiter und deshalb könne man die Angehörigen der christlichen Gewerkschaft nicht anders denn als Nichtorganisierte betrachten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Revolution in Russland.

Wlma, 15. August. (B. Z. B.) In der Wohnung einer Frau ist eine Niederlage von Revolvern, Dolchen, Messern, Patronen und Proklamationen des jüdischen Geheimvereines „Bund“ entdeckt worden. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Haus der Frauenbewegung.

Freitag, Donnerstag, den 17. d. M., hält der Verein für Frauen und Mädchen von Prag und Umgebung seine Mitgliederversammlung bei Weniger, Prag, Werderstraße 27, ab.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 16. August. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues k. u. k. Theater. Der Troubadour. Anfang 8 Uhr: Lesung. Die Weber. Kleines, Salome.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtstraum. Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Salome.

Neues k. u. k. Opern-Theater. Anfang (Kroll) 7 1/2 Uhr. Gastspiel Henry Hindermann Der Troubadour.

Apollo-Theater. Die Sensation Berlins ist: 10 Uhr: Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Tempel.

Metropol-Theater. Bender x Giampietro Massary x Frid Frid. Zum 253. Male: Die Herren von Maxim.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Gastsp. v. William Dieck, Meistersache.

Die Loreley. Am Saale: Gr. Volk. Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf. Refect. Platz 50 Pf.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: Die Insel Rügen. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu!! Der Matroso Matuschenko vom Panzer „Kajla Potemkin“.

Maxim Gorki! der Pope Gapon! Matuschenko vom Panzer „Kajla Potemkin“.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN. Täglich nachmittags ab 5 Uhr: Militärdoppel-Konzert.

Militärdoppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die Notbrücke. Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus. Täglich 8 1/2 Uhr: Der Herr Substitut. Der dankbare Julien.

Carl Weiß-Theater. Or. Frankfurterstr. 132. Im Hause der Sünde. Ringkampf-Match-Konkurrenz.

1. Max Schwarz, Meisterhaftkämpfer von Deutschland, gegen Georg Dittmann (Berlin).

2. Albert Hein (Berlin), Meisterkämpfer im Leichtgewicht, gegen Kricheldorf (Magdeburg).

3. Raul Pettjan (Frankreich) gegen Paul Schönborg (Berlin). Kämpfer des neuen sensationellen August-Programms.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Familie Köffelmann.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr, nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 6 Uhr. Madame du Dion!

Fernande Robertine in dem Nino-drama „Die Hand“. 14 sensationelle Nummern.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Heute: Zwischen Himmel und Erde.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 148. Konzert, Theater, Spezialitäten.

heiten. Anfang 8 1/2 Uhr. Es wird erwartet, daß die Mitglieder sich endlich einmal aus ihrer lethargie aufrütteln und die Versammlung recht zahlreich besuchen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berliner Marktpreise. (Ernteliste vom Vollei-Präsidenten.) Roggen, gute Sorte 14,05 (14,91), mittel 14,57 (14,85), geringe 14,79 (14,75).

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Popul. Opernklub bei halb. Preisen. Die Afrikanerin.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation. Täglich ab 8 Uhr: Konzert und Vorstellung. Das größte und beste Berlin.

Max Kliems Sommer-Theater.

Haseheide 13-15. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Deutsch-Amerikan. Theater. Sonnabend, d. 2. Sept., abds. 8 Uhr: Wieder-Eröffnung! Gastspiel Adolf Philipp PREMIERE Aber Herr Herzog!

Schweizer-Garten. Am Königstor. Am Friedrichshain. Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Arbeit schändet nicht. Volksbelästigungen. Jeden Abend 10 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Zum 115. Male: Die Meyerhains.

Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Promenaden-Konzert im Garten. Für Vereine! Sonnabende im Oktober und November, auch Totensonntag.

Lieben Sie Ihre Wäsche? Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft, gut und blendend weiß erhalten?

Schneewittchen-Bleichseifenpulver! Kleiner Fabrikant A. Grubitz, Potsdam.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Reichshallen-Restaurant. Täglich: Gr. Militär-Konzert.

15,50 (14,70), geringe 14,60 (13,80). Drei Wagen und ab Bahn. Nichtstoch 1 Zg. 00,00 (00,00). Weiz, neu, 00,00 (00,00).

Orts-Krankenkasse der Graveure, Ziseleure und anderer künstlerischer Gewerbebetriebe.

Berlin SO. 16, Engelder 15, Zimmer 22. Nachfolgende Veränderung des Status ist durch Genehmigung des Bezirksausschusses vom 16. Mai 1905 in Kraft getreten: 274/16

Bestimmte Abänderung des Status der Orts-Krankenkasse der Graveure, Ziseleure und anderer künstlerischer Gewerbebetriebe zu Berlin.

Ernst Brückner, Friedrich Schiefer, Vorsitzender. Schriftführer. Die Beerdigung, die ich Herrn Frach in unbewußener Weise zufügte, nehme ich hiermit zurück.

Die Beerdigung, die ich Herrn Frach in unbewußener Weise zufügte, nehme ich hiermit zurück. Ich erkläre Herrn Frach als Ehrenmann. Kaufmann, Frankfurter Allee 128.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Paul Schwarz' Sommer-Theater. Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert. Große Spezialitätenvorstellung.

Stukkateure. Am Montag, den 14. d. M., verstarb infolge eigenen Willens unser Kollege Albert Mathias im 56. Lebensjahre.

Die Bekanntheit der Beerdigung kann, den Umständen entsprechend, erst später erfolgen und hoffen wir, daß sich die Kollegen zahlreich daran beteiligen. 150/14 Ortsverwaltung d. Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.

ELYSIUM. Kommandantenstr. 3-4. Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater. Münzstr. 16. Neu! Mit Salamanda, Neu! die berühmte Feuerkünstlerin, zum erstenmal in Berlin.

Dr. Schönemann, Spezial-Ärzt für (39622*) Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten.

Dr. med. Böhm, Spezialarzt für Wasserheilverfahren. SW., Charlottenstr. 16.

Sofastoffe. Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Moquette, Plüsch, Satteltaschen.

Prenzlauer Chaussee, nahe Baustellen, 25-60 □ R., billig, Baugeld, fertig, Baugeld. Hohe Hypoth. Rechte Bohn-Rothstraße.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten, teuren Vaters, des Dahverstorbenen Wilhelm Kretschmer sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe Rosa Wendt.

Partei-Angelegenheiten.

Für den 6. Wahlkreis findet heute, Mittwochabend, ein außerordentlicher Parteitag statt, zu welchem die Mitglieder recht zahlreich erscheinen wollen.

Berliner Nachrichten.

Der Wettbewerb zwischen Omnibus und Straßenbahn

hat in Berlin, wie wir vor einiger Zeit darlegten, im letzten Jahre eine Wendung genommen, die für die Straßenbahn keineswegs günstig ist. Der Omnibus, von dem man bisher schon geglaubt hatte, daß er im Straßenverkehr Berlins sich allgemach überlebt habe, hat in überraschender Weise sich die Gunst weiterer Kreise der Bevölkerung zurückerobert. Wir haben das gezeigt an der Verkehrsstatistik vom April dieses Jahres, verglichen mit den Ziffern aus dem vorjährigen April. Von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wurden in dem diesjährigen April nur um 1 1/2 Proz. mehr Personen als in demselben Monat des vorigen Jahres befördert. Dagegen hatte die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft eine um 23 1/2 Proz. höhere Beförderungsziffer als im vorjährigen April.

Jetzt ist die Verkehrsstatistik bis Juni veröffentlicht. Der Juni hätte in diesem Jahre der Straßenbahngesellschaft eine ungewöhnlich starke Verkehrssteigerung gegenüber den Vorjahren bringen müssen, weil diesmal Himmelfahrtstag und Pfingstfeiertage erst im Juni kamen, während im vorigen Jahre die Feste schon in den Mai fielen. Für die Omnibusgesellschaft dagegen sind Himmelfahrtstag und Pfingstfeiertage ohne verkehrshemmende Wirkung, weil der Omnibus ja nicht dem Ausflugsverkehr nach den Vororten dient. Da dürfte es nun von besonderem Interesse sein, jene Vergleichung zwischen 1905 und 1904 auch für den Juni vorzunehmen. Die Große Straßenbahngesellschaft beförderte im Juni vorigen Jahres 28 837 711 Personen, im Juni dieses Jahres 28 975 353 Personen. Das Plus gegenüber dem Vorjahre beträgt 2 137 642 Personen oder noch nicht ganz 8 Proz. Dagegen stellte sich der Juni-Verkehr der Allgemeinen Omnibusgesellschaft im vorigen Jahre auf 7 143 150 Personen, in diesem Jahre auf 9 157 400 Personen. Hier beträgt das Plus 2 014 310 Personen, das sind mehr als 28 Proz. des Omnibusverkehrs vom vorjährigen Juni. Man sieht, daß der Omnibus selbst in diesem Monat noch einen ganz gewaltigen Vorsprung behauptet. Beachtenswert ist, daß es nicht nur die Sechsergasse sind, denen er diese Verkehrssteigerung zu danken hat. Im Juni fuhren für 5 Pf. im vorigen Jahre 6 617 558 Personen, in diesem Jahre 7 287 512 Personen, für 10 Pf. im vorigen Jahre 1 825 502 Personen, in diesem Jahre 1 889 948 Personen. Die Zunahme beträgt bei den 5 Pfennig-Strecken 1 069 954 Personen oder annähernd 30 Proz., bei den 10 Pfennig-Strecken 334 556 Personen oder 22 1/2 Proz. Auch 22 1/2 Proz. ist immer noch eine ganz hübsche Zunahme, die gegenüber den 8 Proz. der Straßenbahn sich sehen lassen kann.

Die Würdigung, mit der die Direktion der „Großen“ so lange sich über die Interessen des Publikums hinweggesetzt hat, und der blinde Eifer, mit dem sie nur auf den unmittelbaren Profit der Gesellschaft bedacht gewesen ist, beginnen jetzt, sich zu rächen. Der Verkehr über die Berliner Straßenbahnmisere hat manchen wieder in den Omnibus zurückgeführt, der ihn sich schon ganz abgewöhnt hatte. Dazu kommt, daß die Ueberlastung der Hauptverkehrsstraßen mit Straßenbahnwagen sich immer mehr als ein Verkehrshindernis erweist, unter dem die Straßenbahn selber am meisten zu leiden hat. Es gibt Verkehrswege, auf denen zu gewissen Tages- oder Abendstunden der kleine, leicht gebaute, rasch durch das Wagengetöse hindurchschlängelnde Omnibus sogar auf Großstraßen erfolgreich mit dem schwerfälligen, an sein Gleichgewicht Straßenbahnwagen konkurriert.

Die „Kirchennot“ in Berlin-Südost wird nun bald so gründlich beseitigt sein, daß selbst der zügellose Kirchenbau-Eifer keine Möglichkeit mehr finden dürfte, sich dort noch zu betätigen. Im äußersten Südosten — ungefähr da, wo Berlin aufhört und Treptow anfängt — sind in der letzten Zeit gleich zwei Kirchen entstanden, eine katholische in der Wrangelstraße und eine evangelische etwa hundert Schritte weiter am Gölziger Ufer. Die katholische ist am Dienstag mit allem Jeronimus geweiht worden, die evangelische soll im Herbst fertig sein und ihre Weihe bekommen. Es fehlen dann nur noch die Gläubigen, die bereit sind, diese Kirchen zu füllen.

Die Kirche der Katholiken soll Ersatz sein für eine vor Jahren in der Wrangelstraße errichtete Kapelle, die trotz ihrer Kleinheit nur sehr selten einmal voll wurde. Bei der stattlichen Größe der neu erbauten Kirche wird es künftig noch deutlicher hervortreten, wie wenig Menschen in diesem Stadtteil nach Kirche und Pfarrer verlangen. Es war lehrreich, zu sehen, wie der größte Teil der Bevölkerung auch gegenüber der Einweihungsfeier sich nicht bis ans Herz hinan beteiligte. An Schulleuten mangelte es nicht in der Wrangelstraße und den dorthin führenden Straßenzügen, aber selbst dieses sonst unfehlbare Mittel, Menschenansammlungen zu verursachen, blieb diesmal ohne rechte Wirkung. Die Reihen der Gaffer, die die Straße säumten, erschienen für Berliner Begriffe etwas sehr dünn. Allerdings konnte wohl die liebe Reugier diesmal nicht auf die Köster kommen. Kein Kaiser hatte sich zur Einweihung angemeldet, keine Kaiserin wurde erwartet, ja, nicht einmal auf einen Kronprinzen war zu rechnen. Der eine Prinz (wie hieß er doch?), der da als Vertreter erscheinen wollte, war den Anspruchslosen nicht genug. Werden nicht die katholischen Minder Berlins, deren Prehorgang doch jahraus jahrein so brav auf die gottlosen Sozialdemokraten schimpft, in dieser schwachen Beteiligung des Hofes eine schlimme Zurücksetzung erblicken, eine grobe Verletzung der Parität der beiden Konfessionen?

Wenn der Herbst kommt und uns die Einweihung auch der evangelischen Kirche besichert, wird die Arbeiterbevölkerung dieses Stadtteils von zwei Seiten zugleich bearbeitet werden können, auf daß sie in die Kirche, sei es in die evangelische, sei es in die katholische, zurückgeführt werde. Wo beide Konfessionen um die Tische predigen, da werden sie's doch endlich schaffen? Oder nicht? Ja, dann wird man dem gottverlassenen Südosten Berlins doch wohl noch ein paar Kirchen mehr geben müssen. Wie sagte einst der biedere Süder? Je leerer die Kirchen bleiben, desto mehr Kirchen müssen gebaut werden.

Großstadtlend. Viele Fremde, die in der Reisesaison nach Berlin kommen, um die Reichshauptstadt kennen zu lernen, sind von den Herolden, die Spreetäler bietet, ganz entzückt. Allerdings sammeln sie ihre Kenntnis über Berliner Zustände entweder unter den Linden, im Tiergarten, in der Friedrichstraße oder in den Nachtcafés und Varietés. Sie ahnen nicht, wieviel Elend sich hinter dem gleichenden Schimmer verbirgt, der sich ihren Augen zeigt. Gedankenlos halozieren oder fahren sie durch Berlin W., wo die Aristokratie und das Geldproletariat zu Hause ist. Natürlich sehen diese Leute nicht die Stätten, wo die Not und das Elend zu Hause ist, wie in den Arbeitervierteln.

In die Heimat zurückgekehrt, brüsten man sich dann mit seiner außerordentlichen Kenntnis der Berliner Verhältnisse. Doch auch, wie wenig haben diese Reizekonfess vom Berliner Leben kennen gelernt, trotz wochenlangen Umherbummelns in der Reichshauptstadt. Das eigentliche Berlin, das Berlin der Arbeit, ist ihnen fremd geblieben. Das Meer der schaffenden Arbeiter, welches dem morgens in der Frühe und am Abend, wenn das schwere Tagewerk vollbracht, die Straßen in den Arbeitervierteln so dicht bevölkert, ist

ihnen nie zu Gesicht gekommen. Sie haben die rauchenden Schöte unserer modernen Zwingburgen vielleicht aus der Ferne gesehen, aber streng vermieden, in deren Nähe zu kommen.

Nicht kennen gelernt haben sie das trockne Elend, die bittere Not, in der sich so viele Tausende der Einwohner Berlins befinden. Burden doch in den drei Monaten April bis Juni d. J., also in der schönen Frühlingszeit, in Berlin nicht weniger als 3556 Personen wegen Bettelns von Polizeibeamten ergriffen und nach den Polizeirevier-Bureaus gebracht. 3245 Männer, 257 Frauen und 54 Kinder waren es, die man wegen Bettelns zu Arrestanten machte. Von diesen der heiligen Hermandad verfallenen Personen wurden 1804 zur Haft eingeliefert, 1032 entlassen und angezeigt und 720 entlassen und erzwangt. Wegen Bettelns verurteilt wurden vom Amtsgericht I (Alexanderplatz) 1327 Männer und 36 Frauen, während von der Amtsgerichtsabteilung Moabit keine diesbezüglichen Zahlen vorliegen. Wie viele Tausende aber mögen noch, ohne von der Polizei ergriffen worden zu sein, durch erbettelte Gaben ihren Hunger gestillt haben?

Aber noch andere Zeugen der wirtschaftlichen Misere in der Reichshauptstadt treten in die Erscheinung. Wie meinen das große Meer der nächtlich Obdachlosen, jener Engländerischen, die keine eigene Stätte haben, wohin sie ihr müdes Haupt legen können. Abendlich pilgern sie hinaus, nach dem äußersten Nordosten Berlins, nach der Frobelsstraße, in der sich das städtische Obdach, jene von der Stadtgemeinde für Obdachlose errichtete Herberge des Elends befindet, oder nach der nördlichen Peripherie, nach der Wiesenstraße, wo der Klubverein für Obdachlose eine Anstalt errichtet hat. Nicht weniger als 54 667 Personen (unter ihnen 114 Kinder) haben allein im schönen Monat Juni d. J. die genannten beiden Stätten aufgesucht, um dort vorübergehend Unterschlupf zu suchen und zu finden. 28 217 männliche und 1028 weibliche Personen suchten das städtische Obdach auf und 20 901 männliche und 4521 weibliche fanden Unterkunft im Klubverein. Von den im städtischen Obdach Aufnahme suchenden Personen wurden 103 Männer und 13 Frauen Krankenhäusern (davon 41 Männer und 4 Frauen der Geschlechtskrankenklinik) überliefert, während 394 Männer und 10 Frauen der Polizeibehörde übergeben wurden. Vom Amtsgericht Berlin I (Alexanderplatz) erhielten 272 Männer und 9 Frauen wegen Obdachlosigkeit Strafen zugesprochen, während von der Abteilung Moabit hierüber keine Zahlen vorliegen.

Außer den vorstehend aufgeführten nächtlich Obdachlosen fanden aber noch 63 obdachlose Familien mit 189 Personen und 172 Einzelpersonen (125 Männer und 47 Frauen) in dem städtischen Familien-Obdach Aufnahme.

Alles das sind traurige Auswüchse unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, für deren Beseitigung die Sozialdemokratie unerkennbar kämpft. Die vollständige Beseitigung dieser, aller Kultur und Sitten sprechenden Zustände kann und wird freilich erst eintreten mit der Beseitigung unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise.

Während nun Polizei und Gerichte durch Verhaftung der Bettler und der wiederholt Obdachlosen, freilich ohne Erfolg, dem Uebel entgegenzuwirken suchen, sind auf der anderen Seite Privatpersonen, wie das Beispiel des Klubvereins zeigt, ebenso die Gemeindebehörden, bemüht, wenigstens eine Linderung der trübseligsten Not anzustreben. Mit welchen Mitteln die Stadtgemeinde dies zu erreichen sucht, haben wir an dem Beispiel der Obdachlosenfürsorge gezeigt. Weiter aber werden einer großen Zahl hilflosbedürftiger Personen, sogenannten „Armenempfangern“ laufende und einmalige Unterstützungen aus dem Stadtkasse gezahlt, die freilich als ungenügend bezeichnet werden müssen. So zahlte die Berliner Armenerwaltung im Monat Juni d. J. an 38 759 Personen laufende Unterstützungen im Gesamtbetrage von 541 908 M., oder durchschnittlich 16,05 M. pro Person. Gewiß eine Summe, die als zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel bezeichnet werden muß. Selbst die 2110 laufend unterstützten Personen, welchen außer ihrer laufenden Unterstützung noch Extraausgaben im Betrage von zusammen 13 362 M., oder pro Person 6,33 M. gezahlt worden sind, werden dabei keine Rücksicht haben machen können. Dasselbe gilt von den 4980 nicht laufend unterstützten, denen nur Extraausgaben im Gesamtbetrage von 58 048 M., das sind pro Kopf durchschnittlich 11,29 M. bewilligt wurden.

In obigen Ziffern tritt die Not und das Elend großer Kreise der Bevölkerung, wenn auch nur zum kleinsten Teil, in greifbare Erscheinung. Große Massen der proletarischen Bevölkerung begehren nur dahin, ihre ohnehin künliche Lebenshaltung zu verbessern durch die von der Regierung beliebte Liebesgabenpolitik noch mehr herabgedrückt. Die Palliativmitteln, die heute zur Linderung dieses Massenelends angewandt werden, sind nicht geeignet, eine dauernde Besserstellung der Lage der arbeitenden Klassen herbeizuführen. Eine solche kann nur die sozialistische Gesellschaftsform schaffen. Bis dahin aber ist es Nicht der Befehlsgebung, mehr als bisher zu tun. Sie wird es, wenn die arbeitenden Klassen sich ihrer Macht vollumfänglich bewusst werden.

Für die Berliner Stadtverordneten-Wahlen, die im Herbst dieses Jahres vorzunehmen sind, bettelt der Freisinn schon jetzt ohne Scheu um die Günst und den Beistand derjenigen Kreise, die es sonst mit der konservativ-antifeministischen Bürgerpartei zu halten pflegen. Durch die Zeitungen geht eine Notiz über eine sogenannte Mittelstandsvereinigung, die sich an den Wahlen beteiligen wolle, entweder durch Unterstützung solcher Kandidaten, deren Programm ihnen zusagt, oder durch Aufstellung eigener Kandidaten. Die „Freisinnige Zeitung“ jammert über diesen Plan der Mittelstandsleute, dessen Endziel nur das sein könne, die Handwerker durch allerlei Verprechungen zu locken und sie so der konservativ-antifeministischen Bürgerpartei zuzuführen. Mindestens werde das Auftreten der Mittelstandsvereinigung dazu dienen, unter den bürgerlichen Parteien Verwirrung und Uneinigkeit hervorzurufen und die vor allen Dingen nötige energische Abwehr gegen die Sozialdemokratie zu schwächen.

Die Auffassung, die das Freisinnorgan von den Absichten der Mittelstandsvereinigung hat, dürfte richtig sein. Aber auch der Freisinn möchte Handwerkerfang treiben, wenn's ihm gelänge. Der „Freisinnigen Zeitung“ wäre es das Beste, wenn die Mittelstandsleute von vornherein die Kandidaten des Kommunal-Freisinns unterstützten, damit dieser nicht der Sozialdemokratie unterliegt. Bei Stichwahlen gehen Freisinn und Bürgerpartei ohnedies längst Hand in Hand, wie erst im vorigen Jahre wieder die Wahl im 30. Bezirk gezeigt hat, daß der Freisinn nur noch mit Hilfe der Leute des Herrn Prebel zu behaupten vermochte. Das Werden um die Gnade und Kunst des Mittelstandes ist übrigens den Freisinnigen aller Schattierungen in gleicher Weise geläufig, auch denen, die sich jetzt „Sozial-Fortschrittler“ nennen.

Sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat der Rentier Hugo Schöepfle, der seit 1896 den 7. Gemeindevahlbezirk in der II. Abteilung vertritt.

52 Schlichtungskommissionen sind vom hiesigen Gewerbeamt bis jetzt für die verschiedenen Gewerbe eingesetzt, die ohne Ausnahme ihren Zweck erfüllen. Wieviel solcher Kommissionen im Deutschen Reich bestehen, konnte leider bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Tarifverträge, die sich auf 176 Städte verteilen, sind 647 ermittelt. Davon entfallen auf Preußen und die Provinz Ostpreußen zusammen 376, so daß nur 271 auf das übrige Deutschland kommen. Am relativ geringsten ist die Zahl der Verträge im Königreich Sachsen.

Die Geschäftsstelle des Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie teilt uns mit, daß sie unserer Meinung vollkommen beitrete, daß für den Versuch der Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung der Eintrittspreis von 1 M. für Arbeiter zu hoch sei, darauf sei aber infolgedessen Rücksicht genommen, als an minderbemittelte Leute

Eintrittskarten zu 25 Pf. abgegeben würden, wenn dieselben sich zu 20 Personen zusammenschließen oder eine Vereinigung von Arbeitern für ihre Mitglieder 20 Karten abnimmt. Diese Mitteilung sei vor Eröffnung der Ausstellung den Arbeitgebern zugegangen und es sei bereits von dieser Vergünstigung in ausgedehntem Maße Gebrauch gemacht worden. Speziell für Arbeiter des Bau- und Ziegelgewerbes hat die Ausstellung großes Interesse. Wir möchten hierzu nur bemerken, daß, wenn die Leitung der Ausstellung auf den Besuch derselben durch Arbeiter Wert legte, sie gut getan hätte, den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen von der Vergünstigung direkt Mitteilung zu machen und sich nicht lediglich an die Arbeitgeber zu wenden.

Die Fleischnot hat auch für die Hausbesitzer unangenehme Folgen. Massenflüchtungen von Schlächterläden sind namentlich in den Arbeitervierteln an der Peripherie, besonders im Südosten erfolgt. In der Kaiser-, Faldenstein-, Ludenauerstraße und vielen anderen bemerkt man leerstehende Schlächterläden. Zahlreiche Schlächter haben sich genötigt, größere Läden, die sie jahrelang innegehabt, zu verlassen und kleinere einzurichten, oder die Zahl der sogenannten „Flurschlächter“ zu vermehren, wo nicht gar ihr Geschäft ganz aufzugeben. Die natürliche Folge ist auch eine zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Schlächtergehilfen, die sich auch durch überaus starken Zuspruch der Herbergen kundgibt.

Parteiliteratur. Interessante und lehrreiche Romane, Erzählungen, Skizzen und wissenschaftliche Notizen bringt die in dem Parteiverlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Roman-Bibliothek „In freien Stunden“. In wöchentlich erscheinenden 24 Seiten starken Heften wird hier den Parteigenossen, ihren Frauen und der heranwachsenden Jugend ein billiges und gutes Mittel zur geistigen Erholung und zur Bereicherung des Wissens geboten. Der jetzt erscheinende 9. Jahrgang führt den Leser in zwei entgegengesetzte Welten; in das freie Amerika, das der Roman „Das Vermächtnis des Peblars“ schildert und in das zaristische Rußland, das und Verne in seinem „Kurier des Farn“ in ergreifenden Bildern vorführt. Beide Romane zählen zu den besten Erzählungen in der Parteiliteratur. — Wir empfehlen den Parteigenossen das Abonnement auf diese Wochenhefte, die von jeder Parteibuchhandlung, in Berlin von den Parteipeditionen und durch jeden Zeitungspediteur von Beginn des Monats an nachbezogen werden können. —

Von dem reich illustrierten, wöchentlichen Lieferungsheft „Die Hohenzollern-Legende“ von M. Maurenbrecher liegen jetzt die Hefte 10—18 vor. In diesen Heften schildert der Verfasser die Kämpfe des Kurfürsten Friedrich Wilhelm mit dem brandenburgischen Adel um die Vergrößerung der Militärmacht. Jedes Zugeständnis, das der Adel dem Kurfürsten macht, ließ sich dieser durch Privilegien auf die Unterdrückung und Ausbeutung der Bauern bezahlen, bis die letzteren der Leibeigenschaft überantwortet waren. Die lehrreichen Darstellungen des Verfassers werden unterstützt durch die, der geschichtlichen Zeit entnommenen Bilder. Jedes Heft des Werkes kostet 20 Pfennig. Die bereits erschienenen Hefte können von jeder Parteibuchhandlung, in Berlin durch die Parteipeditionen nachbezogen werden.

Der Kampf mit dem Drachen ist seitens der Postverwaltung jetzt regelrecht eröffnet worden. Sobald die Ernte begonnen hat und der Wind über die Stoppeln weht, machen die Angestellten der Reichstelegraphie mobil, denn sie haben gegen die langgestreckten Ungeheuer eine regelrechte Kampagne zu führen. In dieser Zeit werden durch abgerissene Drachenschwänze die Telegraphen- und Telephonleitungen, soweit sie in Berlin und den angrenzenden Vororten noch oberirdisch geführt sind, vielfach gestört. Besonders bei heftiger Witterung, nach längerem Regen oder einem Gewitter, kann die Verbindung zweier Leitungsdrähte durch den Drachenschwanz leicht zu einer teilweisen oder vollständigen Ableitung des elektrischen Stromes führen und hiermit unangenehme Betriebsstörungen zur Folge haben. Die fahrlässige Gefährdung einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen- oder Telephonanlage wird aber nach § 318 des Reichsstrafgesetzbuches mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft. Die Vermeidung von Drachenschwänzen oder auch Leitungsdrähten mit Telegraphen- oder Telephonleitungen ist daher unter Umständen ein kostspieliges Vergnügen. Es empfiehlt sich also, den Kindern einzuschärfen, daß sie beim Steigenlassen der Drachen den Telegraphenleitungen möglichst fern bleiben und nur solche Wege und Felder wählen, auf denen eine Verührung der Drachenschwänze mit den Leitungsdrähten ausgeschlossen ist.

Blutige Schülerschlachten. Fast täglich finden auf dem Letteplatz und in dessen Umgebung Schülerschlachten statt, die einen solchen Umfang angenommen haben, daß daraus für die vielen auf dem Letteplatz spielenden Kinder erhebliche Gefahren entstehen. Infolgedessen schritt am Montag die Polizei energisch ein. Als die Schlacht im besten Gange war, und es schon blutige Köpfe gegeben hatte, die in der nächsten Unfallsation verbunden werden mußten, umschlossen etwa zwanzig Schulleute und Kriminalbeamte den Platz und nahmen viele der kämpfenden Schüler fest. Die jungen Kaufbolde wurden nach der zuständigen Wache in der Pappelallee gebracht, nach Feststellung ihrer Personalien und Benachrichtigung der Eltern jedoch wieder entlassen. Später suchten die Beamten die Anlagen des Letteplatzes ab und fanden Dutzende von Knütteln und ähnlichen Waffen im Gebüsch versteckt. Das erste Nachspiel dieser Schülerschlachten wird wohl beim gestrigen Schulanfang stattgefunden haben.

Die Opfer des Familiendramas in der Straßenerstraße, die 26 Jahre alte Ehefrau Charlotte des Mechanikers Charlet und ihre vierjährige Tochterchen Hildegard, wurden am Sonntag nachmittags auf Kosten der französischen Gemeinde auf deren Friedhof in der Wollanstraße zu Panow in aller Stille in einer gemeinsamen Gruft beerdigt. Nur Verwandte von beiden Seiten und die Weinmachersfrau aus dem Hause, die die Polizei auf die Katastrophe aufmerksam gemacht hatte, gaben ihnen das letzte Geleit. Charlet geht es in der Charité besser. Er wird voraussichtlich mit dem Leben davonkommen.

Der Revolverkampf der Einbrecher, über den wir aus der Holzstraße berichteten, hatte auch einen gewissen heiteren Anstrich. Nachdem der Kaufmann Gaffner das Polizeipräsidium durch den Fernsprecher angerufen hatte, sandte das vom Präsidium verständigte Revier zunächst zwei Beamte später noch sechs. Dazu kam der diensttuende Kriminalkommissar mit einem Beamten. Der Kommissar machte die beiden Einbrecher auf die Uebermacht der Polizei, die alle Ausgänge besetzt hielt, aufmerksam und forderte sie zur Streckung der Waffen auf. Die Antwort war ein rundes „nein, tun wir nicht!“ Erst der Hinweis auf die Strafverschärfung, die ein längerer Widerstand und etwaiges Mittergehen zur Folge haben würde, sodann die Drohung mit der Feuerwehr, gegen deren Schläuche auch der Revolver machtlos sein werde, stimmte die Verbrecher um. Im Grunde erklärten sie sich jetzt mit der Uebergabe einverstanden, nur die Ausführung machte noch Schwierigkeiten und verursachte weitere Verhandlungen. Die Polizei schlug vor, die Einbrecher möchten der Ritzge halber durch das Loch, das sie in die Hoftür gesägt hatten, aus dem Keller wieder herauskommen. Diesen Weg wollten sie jedoch durchaus nicht gehen. Sie verlangten vielmehr, daß der Hauswirt ihnen ausschließe, versicherten dagegen, daß sie nicht mehr schleichen, sondern Waffen und Munition sofort auszuhandigen würden. Sie seien Ehrenmänner und würden diese Forderung unbedingt halten. Diese feierliche Erklärung beschwichtigte alle Bedenken der Polizei, der Hauswirt Gaffner schloß die Tür auf und die Kapitulation vollzog sich auf dem ordentlichen Wege. Die „Ehrenmänner“ hielten ihr Wort, gaben ihren Widerstand auf, Revolver und Patronen ab und ließen sich in sicheren Gewahrsam bringen. Es ist übrigens sehr

festen, daß Einbrecher, die auf frischer Tat erwischt werden, sich mit dem Revolver zur Wehr setzen. Vor etwa 10 Jahren standen sich einmal am hellen Mittag in einer Wohnung ein Kriminalhauptmann und ein Einbrecher mit der Waffe in der Hand gegenüber. In demselben Augenblick, als der Verbrecher hinter einer Tür auf ihn einschlug, brüllte der Beamte ab und streckte ihn durch einen Schuß in den Kopf tot nieder. Der damalige Chef der Kriminalpolizei, Graf Pöfeler, erteilte dem Beamten für sein mutiges und entschlossenes Vorgehen vor verammelter Mannschaft ein besonderes Lob. Der Fall, der damals Aufsehen erregte, ist vereinzelt geblieben.

Eine ungewöhnliche Diebstahlsaffäre verursachte im Nordosten der Stadt großes Aufsehen. Vor einigen Tagen wurde dem am Landsberger Thor wohnenden Klempnermeister S. ein Handwagen gestohlen. Zwei Tage später traf S. einen ihm befreundeten Kollegen, welcher erzählte, daß er vor der Pfandkammer in der Reuten Schönhauserstraße von dem Wäckermeister G. einen Handwagen für 10 M. gekauft habe. Wie sich nun herausstellte, war dieser Wagen das dem Klempnermeister abhandlungsgelommene Gefährt. Zur Rede gestellt, gab der Wäckermeister ohne weiteres zu, den Diebstahl ausgeführt zu haben. G. ist zwar ein vermöglicher Mann, doch dem Trunke ergeben und seine sehr energische Frau sorgt deshalb dafür, daß er nicht zu viel Geld in die Hände bekommt. Da diese Tatsache den Gastwirten in der Nachbarschaft bekannt ist, erhält der Wäckermeister von ihnen keinen Kredit und so hat er, um sich Geldmittel zu verschaffen, den Diebstahl begangen. Dem Geschädigten ist zwar sofort voller Ersatz geleistet worden, doch wird die Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel finden, da das Verschwinden des Wagens feinerzeit unverzüglich zur Anzeige gelangt war.

Erzesse eines Tobfüchtigen. Schwere Ausschreitungen hat in der vergangenen Nacht der Kutischer Friy Sch., Bremerstr. 46, in einem Anfall von Wut verübt. Er hatte mit mehreren Fremden zusammen gezecht und sich auf dem Rückwege in der Trunkenheit zu großem Unfug hinreichend lassen. In der Rosfelderstraße wurde Sch. plötzlich von einem Tobfüchtigen angegriffen. In diesem gefährlichen Zustande ging er auf Passanten los und griff dieselben tätlich an. Entsetzt mußten mehrere junge Mädchen sich durch die Flucht vor dem Tobfüchtigen retten. Als nun ein Polizeibeamter erschien, um den Erzessenden festzunehmen, ging Sch. auch diesem zu Leibe. Wie vom Schläge getroffen brach der Kranke plötzlich zusammen. Bewußtlos wurde er nach dem Polizeirevier gebracht und von dort in das Moabitler Krankenhaus eingeliefert.

Eine aufregende Jagd machte gestern Abend um 7 1/2 Uhr der Droßkühler Wilhelm Klaus aus der Kriegerstraße. Als er von der Marschallbrücke die Luisenstraße hinunterfuhr, fuhrte auf dem gepflasterten glatten Asphalt das Pferd und der Scherbaum brach. Später fielen die Säule des nordwärts gerichteten Baumes wieder auseinander und trafen das Pferd in die Seite. Das Tier scheute, ging durch und raste mit Klaus die Luisenstraße entlang, bis er vom Bod auf das Pflaster stieg und mit einer bedeutenden Kopfwunde nach der Charlottenstraße gebracht werden mußte.

Weil ein Handelsmann unbesugterweise Blumen feilgeboten haben sollte, wollte vorgestern gegen 6 Uhr Abends ein Polizeileutnant vor dem Stadtbahnhof Alexanderplatz die Personalien desselben feststellen. Der Händler soll dem Beamten Widerstand geleistet und nachdem er ihm den Blumenkorb vor die Füße geworfen, die Flucht ergriffen haben. An der Dirschstraße rannte er eine Frau nieder und eilte dann, verfolgt von dem Leutnant und einem halben Duzend Schutzleuten und einer hundertköpfigen Menschenmenge nach dem Königsgraben, wo seine Festnahme erfolgen konnte.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes wurde am Montagabend in Regal in der Nähe des Humboldt-Parkes aufgefunden. Der Tote ist etwa 80 bis 85 Jahre alt, hat dunkles Haar, einen rötlichen Schnurrbart und schadhafte Zähne. Seine Wäsche ist F. N. gezeichnet.

In einer Mordsache wird als wichtiger Zeuge ein Berliner gesucht. Am 20. Dezember d. J., früh kurz nach 8 Uhr, wurde der Redaktionsredakteur Michael Raupp in seiner Wäckerbude auf der Straße „Frisch“ ermordet erschlagen aufgefunden. Die Tat wurde nach Witternacht verübt. Auf die Ermittlung des Täters ist jetzt eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt worden. Als wichtiger Zeuge kommt, wie der Erste Staatsanwalt von Essen hierher mitteilt, ein zu Berlin am 12. Juni 1894 geborener Arbeiter Max Häbde in Betracht. Wer über dessen Aufenthalt etwas weiß, wird gebeten, der nächsten Polizeibehörde oder der Staatsanwaltschaft zu Essen unter dem Zeichen 147.1570/04 Mitteilung zu machen.

Eine frivole Wette. Für dreißig Mark hat gestern nachmittag ein junger Mann sein Leben in der leichtfertigen Weise aufs Spiel gesetzt. An der Wolltebrücke hatten sich drei junge Leute im Gespräch aufgehalten, als sich der eine plötzlich an den anderen mit den Worten wandte: „Du, Oskar, riskierst Du's, für 30 Meter reinzuspringen?“ Oskar, der sich obendrein noch in angeheitertem Zustande befand, hatte nun nichts Illuderes zu tun, als das Fohdett auszugleichen und über das Brückengeländer hinweg in die See hinabzuspringen. Ausgemacht war bei der Wette noch, daß Oskar zehn Minuten lang schwimmen müsse. Der angeheiterte Oskar vermochte jedoch diese Bedingung nicht zu erfüllen; er versank vielmehr sofort in den Fluten und wäre zweifellos ertrunken, wenn ihm nicht ein in der Nähe vor Anker liegender Schiffer nachgesprungen wäre und den Waghalsigen aus der Tiefe herbeigeholt hätte. Die beiden Freunde, die den Verlauf der Wette von der Brücke herab angesehen hatten, posten Oskar möglichst schnell in eine Droßkühle und führten eiligst davon — sie hatten das Herankommen eines Polizeibeamten bemerkt.

Ueber den Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge an der Wad- und Grünhaldenstraße wird uns von einem Augenzeugen berichtet: Der Motorwagen Nr. 108 mit zwei Anhängern kam von der Hochstraße, welche ziemlich starken Fall hat, in die Wadstraße, überfuhr die Weiche und geriet dadurch in den von Panlow kommenden Zug mit zwei Anhängern seitwärts hinein. Durch den Anprall sprangen die zwei Anhänger des ihm begegnenden Zuges sowohl wie der ganze den Berg herabfahrende Zug aus den Gleisen. Der Motorwagen des von Panlow kommenden Zuges blieb auf den Gleisen der Großen Berliner in der Wadstraße stehen, da durch den entgegengesetzten Anprall die Kuppelung an einem Anhänger zerbrochen war. Fahrgäste haben keinen Schaden gelitten. Die Vordrängelle, gegen die der Wagen 108 anfuhr, ist vollständig intakt geblieben.

Verlorene gegangene Parteitaglisten. Auf dem Wege von der Wrangelestraße nach der Bornsdorferstraße hat ein Bote ein Paket Sammellisten zur Dedung der Unkosten der Delegation zum Parteitag 1905 verloren. Die Listen tragen die Nummern von 2001—2500 und sind ungestempelt. Der Finder wird gebeten, dieselben in der Buchdruckerei Lindenstr. 60, 2. Hof 2 Treppen abzugeben.

Der Zentralverband der Zimmerer teilt mit, daß von der am Stützungsstellen erfolgten Verlosung die Gewinne folgender Lose noch nicht abgeholt sind: Nummer 100, 197, 298, 349, 388, 884, 877, 537, 568, 612, 713, 860, 883, 891, 895, 950. Die Inhaber dieser Lose werden gebeten, die Gewinne im Verbandsbüro, Engel-Ufer 15, dort III, Zimmer 32, in Empfang zu nehmen.

Geperret. Der Große Weg von der Hofsäger-Allee bis zur Kabanerie-Allee wird behufs Ampfosterung vom 10. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Freuerbericht. Dienstag früh waren in der Vorbelebenstr. 8 Pfeifer in ein Keller in Brand geraten. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Betten, Möbel etc. gingen dann am Engel-Ufer 4a in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Worschauserstr. 86 ein beladener Fouragewagen Feuer gefangen hatte. — Ein Kellerbrand mußte in der Gausstr. 123 unterdrückt werden; Risten und Verpackungsmaterialien wurden eingedacht. — Wegen eines Wasserrohrbruchs wurde die Wehr weiter nach der

Reherbeerstr. 1 gerufen. — Die übrigen Normierungen, die noch in der Zwischenzeit einfließen, waren auf „Blinden Lärm“ zurückzuführen. — Ein größerer Dachstuhlbrand wüthete gestern mittag in der Wachsstraße 12 zu Wilmersdorf und beschädigte die dortige Ortsfeuerwehr mehrere Stunden lang. Ein erheblicher Teil des Dachstuhles mit seinen Bodenlammern ist vernichtet; auch hat der vierte Stock stark gelitten. Ueber die Entstehungsbursache konnte nichts ermittelt werden.

Vorort-Nachrichten.

Kreisikonferenz Niederbarnim.

Am Sonntag, den 20. August, nachmittags 2 Uhr, findet in Nummersburg im Café Bellevue eine Konferenz des Kreises Niederbarnim statt.

Tages-Ordnung:

1. Der bevorstehende Parteitag in Jena und seine Aufgaben. Referent Genosse Stadthagen.
2. Diskussion und Beratung der eingegangenen Anträge.
3. Wahl der Delegierten zum Parteitag.
4. Kreisangelegenheiten.

Die Genossen werden ersucht, die §§ 5 und 7 des Organisationsstatuts des Kreises zu beachten. Die Delegierten müssen sich durch Mandate ausweisen. Etwasige Anträge sind vorher an den Unterzeichneten einzufenden.

J. A.: Der Kreis-Vertrauensmann.
G. Freiwaldt-Pantow.

Rigdorf.

Ein zusammengestohlenen Warenhaus hat die Rigdorker Kriminalpolizei gestern in der Weferstraße entdeckt. Wie wir bereits mitteilten, wurde in der vorgestrigen Nacht in der Weichselstraße ein Einbrecher, der sich angeblich Schönjüdt nannte, in flagranti erwischt und nach einem Fluchtversuch im Wasser verhaftet. Die sofort angestellten Nachforschungen hätten denn auch einen überraschenden Erfolg. Der angebliche Schönjüdt entpuppte sich als ein gefährlicher Einbrecher, nach dem schon längst gefahndet wurde. Es ist der erst 20 Jahre alte Arbeiter Hermann Eichert aus der Weferstraße 170. Er lebte dort seit etwa einem halben Jahre mit einem Mädchen zusammen. In der Wohnung des Pärchens fand die Kriminalpolizei ein ganzes Warenlager zusammengestohlenen Gegenstände, die aus zahlreichen Ladeneinbrüchen herstammten. Fahrräder, Schuhe, Decken, Uhren und Juwelen, Schmuckstücke, Kerzen, ganze Posamentierwarenlager, Musikinstrumente, Herrenwäsche usw., lagen sorgfältig aufgestapelt. Natürlich wurde die Frau des Eichert wegen dringenden Verdachts der Hehlerei und Mittäterschaft sofort verhaftet. Eichert selbst ist wegen Diebstahls, Brandstiftung usw. schon vorbestraft. Unzweifelhaft handelt es sich im vorliegenden Fall um eine weitverzweigte Fehler- und Stehlerbande, die in der Weferstraße ihre Zentrale hatte.

Wilmersdorf.

Ein großer Dachstuhlbrand entstand gestern nachmittag in der zweiten Stunde auf den Grundstücken Wachsstraße 12 und 13 in Wilmersdorf. Das Feuer war im Dachgeschoß des Hauses Wachsstraße 12 zum Ausbruch gekommen und dehnte sich bald auch auf den Dachstuhl des Nachbargrundstückes aus. Die sofort alarmierte Wilmersdorker Feuerwehr ging mit drei Säulanzleitungen gegen das verheerende Element vor. In Anbetracht der großen Feuergefahr hatte man auch noch die Wehren aus Charlottenburg, Schöneberg, Grunewald und Friedenau an die Brandstätte gerufen. Die Dachstühle des Vorderhauses Wachsstraße 12 und des Seitenflügels Nr. 13 waren jedoch nicht mehr zu retten. Die Entstehungsbursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden. Der Schaden ist bedeutend.

Verloren wurde Sonntag am Schlahtensee, Alte Fischerhütte, eine Liste für die Russen Nr. 2582, auf der ungefähr 4 M. gezeichnet waren. Die Liste ist bei Köpping, Berlinerstr. 44, abzugeben.

Gerichts-Zeitung.

„Wegen plötzlichen Todesfalles geschlossen!“ Ein schlauer Diebstahl wurde von einem Einbrecher in Anwendung gebracht, welches im Mai d. J. dem Friseur Jaslowiak einen Besuch abstattete. Als die Gehäusen eines Morgens an ihrer Arbeitsstelle erschienen, waren sie höchst erstaunt, an der Hofkassette ein Plakat mit der Aufschrift „Wegen plötzlichen Todesfalles geschlossen!“ zu finden. Sie waren deshalb der Meinung, daß sich tatsächlich etwas Außergewöhnliches zugetragen habe und gingen deshalb ruhig wieder nach Hause. Als sie gegen Mittag nochmals an dem Fischen Geschäft vorbeigingen, war ihr Erstaunen noch größer, denn ihr Arbeitgeber, der plätzlich Verstorbene, sah wohl und munter in seinem Laden und war gerade im Begriff, eine Aufstellung über diejenigen Gegenstände anzuerkennen, die ihm in der Nacht von Einbrechern gestohlen worden waren. Die ganze Sachlage lächelte sich erst jetzt richtig auf. Mehrere Einbrecher hatten in der Nacht dem Fischen Geschäft einen Diebstahl begangen. Um bei der Arbeit, durch die sehr früh zu ihrer Arbeitsstätte kommenden Gehäusen nicht gestört zu werden, hielten die Diebe an die heruntergelassene Kassette jenes Plakats mit der Aufschrift: „Wegen plötzlichen Todesfalles geschlossen!“ Durch diesen schlauen Trick gelang es den Dieben tatsächlich in aller Gemütsruhe das Fische Geschäft nach den mitnehmendwertesten Sachen zu durchstöbern. Die Einbrecher konnten, wie die Kriminalpolizei sofort annahm, nur mit den örtlichen Verhältnissen ziemlich vertraut sein. Unlangfristige Ermittlungen führten schließlich zu der Festnahme eines Schloßers Koch, des Arbeiters Hermann Scheyer und des Handlungsgehilfen Siegfried Jöllner. Weitere Recherchen ergaben, daß die beiden Erstgenannten auch einen Einbruchsdiebstahl bei dem Gastwirt Reiningers verübt hatten. Hier erbeuteten sie ein Grammophon mit Platten, Spiritosen, sowie mehrere Kisten Zigarren und Zigaretten. Schon in der Voruntersuchung wurde die Unterbringung von Koch in eine Irrenanstalt veranlaßt. Das Strafverfahren gegen ihn wurde eingestellt. Vor der dritten Penitentienkammer des Landgerichts II mußten sich gestern Scheyer und Jöllner wegen schwerer Diebstahls verantworten. Der Staatsanwalt erachtete beide Angeklagte im Sinne der Anklage für überführt und beantragte gegen den schon vielfach vorbestraften Scheyer drei Jahre, gegen Jöllner sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte gegen Scheyer auf zwei Jahre Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Jöllner erachtete der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwalts Dr. Max Kantorowicz gemäß nur Begünstigung für vorliegend und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis, welche durch die erklännte Unterbringung als verübt erachtet wurden.

Mit der „Weichselallee“ arbeitete ein internationaler Gauner, der Kellner und Schankpfeifer Stephan Konevsky, welcher gestern unter der Anklage des wiederholten Betruges im strafschärfenden Rückfalle vor dem Strafrichter stand. Der Angeklagte ist in russisch-Polen geboren und wurde schon in seiner Heimat wegen aller möglichen Delikte bestraft. Er ging dann nach Prag, wo er sich an einem großen Brillantendiebstahl beteiligte und zu fünf Jahren schweren Kerlers verurteilt wurde. Auch nach Bränschen unternahm er eine kleine Amstour. Dort setzte er vor seinen Namen das Wörtchen „von“ und verübte als angeblicher Guttsbesitzer aus Wöhnen zahlreiche Kreditwindelungen, die ihm ebenfalls längerer Aufenthalt hinter schwedischen Gardinen einbrachten. Im Herbst d. J. kam Konevsky bald nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis nach Berlin. Im Oktober d. J. wurden eine große Anzahl Weichselalleen in Berlin und den Vororten durch einen besser gekleideten Herrn durch die sogenannten „Weichselalleen“ geschädigt. Der Betroffene kaufte eine Kleinigkeit und gab ein Zwanzigmarkstück in Zahlung oder ließ sich ein solches wechseln. Erst später mußten

die Geschäftsinhaber die unangenehme Entdeckung machen, daß jenes Zwanzigmarkstück eine täuschend ähnliche, stark vergoldete Denkmünze mit einem Kaiserbildnis war. Derartige Betrugsereignisse gelangen in einer großen Anzahl von Fällen. Schließlich gelang es einem Zigarrenhändler Bahwig, der eine Warnung vor dem Schwindler in den Zeitungen gelesen hatte, ihn unter einem Vorwande in seinem Geschäft aufzuhalten und inzwischen zur Polizei zu schicken. Als ein uniformierter Schuttmann den Laden betrat, versuchte der Gauner die Flucht zu ergreifen. Er wurde jedoch ergriffen und der Polizeiwache zugeführt, wo man ihn als den vielfach vorbestraften Konevsky erkannte. — Vor Gericht bestritt er jede Schuld und behauptete in dem Falle Bahwig aus Versehen eine Münze in Zahlung gegeben zu haben. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr neun Monate Zuchthaus. Der Gerichtshof ging noch darüber hinaus und erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Beschränkung der Verteidigung. Von der Strafkammer in Celle ist am 30. März der Schneider Johannes Bauer aus Weisenheim am Sand wegen Rückfallsbetruges zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll bei einem Wirte eine größere Rechnung gemacht und sich dann gedrückt haben. — Weil ein von ihm gestellter Antrag, durch den er bewiesen wollte, daß er nicht der Täter sein könne, abgelehnt worden ist, hob das Reichsgericht auf seine Revision das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Leser- und Diskutierklub „Stralauer Meer“. Donnerstag, 1/2 Uhr, bei Börsenberg, Bennecke 2. Vortrag des Genossen Gärtner: Ueber den Ursprung der Familie des Privatgeheimen und des Staates. Gäste, Damen und Herren, willkommen. Landmannschaft der Schwelwig-Vollsteiner zu Berlin. Mittwoch, 16. August, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Feuerschein's Festsaal, Alte Jakobstr. 76.

Vermischtes.

Prüfung in einer Irrenanstalt. Zwischen einer Anzahl Pflegsingen der Landes-Irrenanstalt Daina (Regierungsbezirk Kassel) entstand bei einem Spaziergang in den Gartenanlagen eine ernste Prügelei, wobei der seit längeren Jahren inhaftierte Appel aus Vorken totgeschlagen wurde.

Explosion. Marseille, 15. August. In einer in der Nähe des Bahnhofs gelegenen Pulverfabrik hat sich eine Explosion ereignet, dabei ist eine Person getötet worden. Zwei Personen erlitten Verletzungen.

Ein Gedrusch ereignete sich bei Spences Bridge (Britisch-Columbia) an der Canadian Pacific-Eisenbahn. Ungefähr 30 Personen, meistens Indianer, sind getötet worden. Der Dampfzug ist durch die Erdmassen vollständig gesperrt worden, so daß das Wasser sich staut und die Eisenbahn überflutet.

Das gelbe Fieber in New Orleans greift immer mehr um sich. Montag wurden 55 neue Fälle gemeldet. Sonntag kamen 12 Todesfälle vor.

Briefkasten der Redaktion.

Stroh. 1. Briefkastenfragen ohne beigefügte Kulltung bleiben unerledigt. 2. Der üblichen Redaktionsadresse wolle man immer hinzufügen: Briefkasten. Handelt es sich um eine Rechtsfrage, so vermerke man: „Juristischer Briefkasten“.

J. Nr. 63. Kann so, aber auch anders gehandelt werden. Ein letter Robus ist dafür nicht vorhanden. Wo Ihre Kulltung? — P. S. 50. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Raucher hier: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. — Just. Läßt sich unmöglich präzise antworten. Preise von 10 M. und darunter, sowie bis zu 10 000 M. und darüber kommen für Vorkauf in Betracht. — G. G. Anfragen Kritiken-Verband, Drikel hier, Neue Friedrichstr. 35. — M. Karte mit bezahlter Rückantwort senden an Herrn G. Bernheim, M. d. R., Hohenhausenstr. 31, Berlin W. Schreiben Sie kurz aus, worauf es Ihnen ankommt. — M. Nr. 111. 1. Antwort im juristischen Teil. 2. Nachfrage in einer Droguerie. — P. S. 355. Berlin Sie Ihr Geld lieber zum Fenster hinaus. Räuber braucht man aber das „Bankgeschäft“ nicht zu sagen. — W. 2. 100. Haben Sie Erfahrung ein bei dem Verein für Gesundheitspflege des Volkes? Berlin, Kochstr. durch die Adresse: Karl Fischer, Waldstr. 8. — Räte? Frage und Antwort wiederholen. Kulltung und befragen. Karten bleiben unbeantwortet. — G. S. 100. Schlagen Sie sämtliche Stichwörter Ihrer drei Fragen in dem Konversations-Lexikon einer Bibliothek nach, z. B. Alexandrinenstr. 26, so werden Sie zu einem schärfen und vollständigen Resultat gelangen. — G. 2. 100. Sekretariat der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, vormittags 11—12 Uhr, nachmittags 6—7 1/2 Uhr. — M. W. Mein. — G. 7. 1890. 1. Ja. 2. und 3. Nein. — G. S. 100. Besten Dank für die Zuschrift. Wir hatten bereits einen entsprechenden Bericht.

Juristischer Cell.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Rücksicht des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

P. S. 17. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Da Ihre Frau lediglich eine unentgeltliche Gefährdung mit der Ausbahrung erwiesen hat, so war sie nur verpflichtet, das Instrument mit der Sorgfalt zu behandeln, wie sie für eigenen Sachen zu behandeln pflegt. Ihre fäktl. und verbriefte Verschulden für die Verletzung des Instruments müßten nicht zur Last. — R. D. 5. Der Vormund hat keineswegs aufzukommen. Die einbehaltenen Sachen haben Sie herauszugeben. Ihnen steht nur das Recht zu, Ihre Forderung einzulassen und eventuell dann zu pfländen. Die Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil Ihre Schuldnerin minderjährig ist. Geben Sie auf das Ratenarrheiten ein und klagen Sie eventual später, wenn die Schuldnerin nach erreichter Volljährigkeit (21. Jahr) Ihre Schuld anerkennen sollte. — R. Ja. — Gefängnis R. 2. In der Regel in den der Militärverwaltung unterstellten Freiheitsentziehungsanstalten. — M. 77. Die von Ihnen angeführten Gründe dürften als hinreichende Entscheidungsbegründe erachtet werden. Das Erziehungsrecht fällt dem schuldischen Teil zu. Der Schuldische Ehegatte hat Klammern an seine frühere Frau nicht zu pfländen, ebensowenig der Ehegatte an die noch nicht von ihm geschiedene Frau, gegen seinen Willen und ohne vom Gericht als berechtigt erachteten. — R. 1. Ob die Krankenliste über 26 Wochen hinaus und wieviel sie innerhalb dieser Zeit insbeson. über das gesetzliche Mindestmaß hinaus eintritt, müssen die Statuten ergeben, in deren Beiz Sie sind. Was die Erbinbung anlangt, so ist es wohl das ratsamste, Sie teilen dem Bekleidner oder der Fabrikation selbst mit, Sie teilen direkt, die betreffende Methode gegen Zahlung von 10 und 10 viel und einen Anrechnungsbetrag, dessen Bedingungen Sie stellen, mitzuteilen. Ist aber Ihre Methode patentfähig und will die Firma das Patent erwerben, so würden Sie auch über den Patentverkauf am besten direkt mit der Direktion verhandeln. — G. S. 1. Die Beiträge werden lediglich für die Zwecke des Invalidenversicherungs-Gesetzes von den Versicherungsanstalten verwendet. Das Vermögen der Anstalten betrug Ende 1904 etwa 1160 Millionen. Der Reichszuschuß für jede Rente beträgt 50 M. 2. Nein. — G. S. 16. Wenn Sie ohne Zustimmung des Vaters den Vertrag aufheben, so würde dessen Klage auf Zahlung des Mietzinses Aussicht auf Erfolg haben. Ihr Mann wäre, da er Ihnen einen Kautzrag zum Wachen nicht erzieht hat, nicht haftbar. — G. 20. Der Inhalt Ihres Mietzinsbetrages ist maßgebend. — Gustav 20. Ein Vindernis für die Erbschließung liegt in dem Vorgelegenen nicht, weil das Kind 21 Jahre alt ist. Dem Kinde steht Anteil in den Nachlaß seiner Mutter zu.

Witterungsbericht vom 15. August 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7-9 Uhr	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7-9 Uhr	
Erlangen	760	SE	2	heiter	18	Opferanda	762	—	—	2	bed. 10	
Darmstadt	765	SE	1	wolkig	16	Petersburg	763	—	—	1	wolkig 14	
Berlin	767	SE	1	wolkig	17	Selby	763	—	—	2	wolkig 15	
Königsberg	760	—	—	3	wolkig	18	Aberdeen	767	—	—	1	bed. 15
München	767	—	—	2	wolkig	17	Paris	767	—	—	—	wolkig 17
Wien	767	—	—	—	wolkig	18						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. August 1905. Etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei meist schwachen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.